



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

27. Sitzung vom 23. September 2019

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.40 Uhr

Leitung: Susanna Keller (Präsidentin)

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Manuela Eichenberger

Verspätet: Marc Schinzel (ab 19.40 Uhr), Susanne Tribolet (ab 19.40 Uhr),
Daniel Zimmermann (ab 19.45 Uhr), Philippe Meerwein (ab 20.00 Uhr)

Präsidentin:

Susanna Keller

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung und Mitteilungen der Präsidentin

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP heisst alle Anwesenden herzlich willkommen. Speziell begrüsst sie alle Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen, Gemeindepräsident Mike Keller, alle weiteren Mitglieder des Gemeinderats, Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, Linda Gerstner für das Protokoll und die Bedienung der Abstimmungsanlage, neben ihr Sara Selimovic sowie alle weiteren Anwesenden der Verwaltung, die Vertreter der Presse und das anwesende Publikum. Entschuldigt ist Manuela Eichenberger, Grüne. Marc Schinzel, Susanne Tribolet, Daniel Zimmermann und Gemeinderat Philippe Meerwein werden etwas später eintreffen. Somit sind 36 Einwohnerratsmitglieder anwesend.

Heute Abend werden zwei Ratsmitglieder verabschiedet. Manuela Eichenberger wird per 30. September 2019 aus beruflichen Gründen aus dem Parlament austreten. Leider kann sie an der heutigen Sitzung aufgrund einer Beerdigung im Familienkreis nicht anwesenden sein. Manuela Eichenberger ist seit dem 1. Juli 2016 Mitglied des Einwohnerrats und war während dieser Zeit Ersatzmitglied der GRPK und der BPK. Zudem erhielt die Präsidentin das Rücktrittsschreiben von Anand Jagtap per Ende September 2019. Auch er hat heute seine letzte Sitzung. Er möchte seinem Nachfolger einen guten Start in der jetzigen Fraktionsbesetzung ermöglichen. Anand Jagtap ist seit dem 1. Juli 2008 Mitglied des Einwohnerrats und Ersatzmitglied der GRPK. Die Präsidentin dankt den beiden scheidenden Ratsmitgliedern ganz herzlich für ihr Mitwirken im Einwohnerrat und wünscht ihnen nur das Beste für ihre Zukunft. Sie übergibt Anand Jagtap das Geschenk der Gemeinde, Manuela Eichenberger wird es per Post zugestellt. *[Applaus]*

Neue Vorstösse (Tischvorlagen)

Nr. 166, Anfrage D. Zimmermann, FDP: Parkierungssituation Höhenweg

Nr. 167, Postulat D. Zimmermann, FDP: Gesamtanierung Höhenweg

Nr. 168, Anfrage S. Inäbnit, FDP: Mobilfunkantennen-Bau an der Wassergrabenstrasse 21, Sporthalle Spiegelfeld

Nr. 169, Interpellation G. Löhr, SP: Brandruine an der Kernmattstrasse – wie lange noch?

Nr. 170, Interpellation S. Abt, SP: Umsetzung des Lichtschutzes in Binningen

Gaida Löhr, SP möchte etwas zu ihrer Interpellation sagen. Sie findet die Situation an der Kernmattstrasse mit der Brandruine schlicht und ergreifend peinlich. Es dauert und dauert und dauert. Für die Nachbarn ist es ein Grauen und eine Belästigung. Zudem entstehen Kosten. Die Immobilien-Strategie verbietet nicht, etwas zu machen. Es heisst nicht, dass der Gemeinderat einfach jahrelang nichts machen darf. Es heisst nur, dass er nicht ohne Einwohnerratsentscheid verkaufen darf. Das ist alles. Die Votantin hat eine Interpellation eingereicht, da es bereits ein hängiges Postulat gibt. Dieses liegt relativ gut und ruhig beim Gemeinderat. Die Nachbarn schreiben und sind sauer. Sie hat Verständnis dafür. In diesem Sinn ist die Interpellation nochmals der Wunsch, nicht nur Fragen beantwortet zu erhalten, sondern eine Ermunterung, bis zur Beantwortung der Fragen auch etwas zu tun.

Die Präsidentin informiert, dass die Anfragen am Ende der Sitzung durch die zuständigen Gemeinderatsmitglieder beantwortet werden.

Bereinigung der Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

Traktandenliste

Geschäft Nr.

1. Genehmigung des Protokolls vom 26.08.2019

2.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.08.2019 Ersatzbeschaffung eines Pionierfahrzeuges für die Feuerwehr Binningen Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	164
3.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.04.2019 Postulat S. Abt, SP: Sicherstellung einer adäquaten Wartung und Instandstellung der Schwimmhalle Spiegelfeld Binningen Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	123
4.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.04.2019 Motion Chr. Maier, FDP: Komitee Beitritte vor den Einwohnerrat! Geschäftskreisführung: Mike Keller	130
5.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 07.05.2019 Postulat G. Löhr, SP, und B. Büschlen, Grüne: Bonus für besondere KiTa-Leistungen Geschäftskreisführung: Barbara Jost	44
6.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.08.2019 Politische Plakatierung / Wildplakatierung: Motion B. Benthaus, SP: «Plakatierung vor Abstimmungen und Wahlen» und Postulat P. Bräutigam, CVP, und A. Alt, CVP: «Wildplakatieren – wie weiter?» Geschäftskreisführung: Mike Keller	135/137
7.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.06.2019 Motion D. Zimmermann, FDP: Eine effiziente Verwaltung mit einer schlanken Regierung Geschäftskreisführung: Mike Keller	143
8.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.06.2019 Interfraktionelles Postulat: Unterstützung der Allschwiler Petition gegen den Fluglärm Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	149
9.	G. Löhr, SP: Antrag auf Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats	157
10.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.08.2019 Postulat B. Strondl, SP: Erschliessung des Bruderholz in Binningen mit dem öffentlichen Verkehr Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	16
11.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.09.2019 Motion SVP-Fraktion: Abfallgebühren müssen gesenkt werden Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	144
12.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.09.2019 Postulat P. Bräutigam, CVP: Teilnahme der Gemeinde am Clean-Up-Day Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	146
13.	Diversa	

Genehmigung des Protokolls vom 26.08.2019

Da keine Büro-Sitzung stattgefunden hat, fragt die Präsidentin die Anwesenden, ob Änderungsanträge zum Protokoll vorliegen. Das ist nicht der Fall.

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 164

Ersatzbeschaffung eines Pionierfahrzeuges für die Feuerwehr Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Thomas Hafner, CVP stellt fest, ein weiteres Feuerwehrauto sei in die Jahre gekommen und solle ersetzt werden. Die Mitglieder der CVP-Fraktion sind keine Feuerwehrexperthen und verlassen sich deshalb voll und ganz auf die Empfehlungen der Feuerwehr. Es sind schlussendlich die freiwilligen Aktiven der Feuerwehr Binningen, die mit dem neuen Pionierfahrzeug in Zukunft arbeiten müssen. Mit der Erneuerung und einer modern ausgerüsteten Feuerwehr kann auch ein Beitrag an den Erhalt der hohen Lebensqualität und der Sicherheit in der Gemeinde geleistet werden. Die in Aussicht stehenden Subventionen und sicherheitstechnischen Kriterien fördern den Entscheid der Fraktion zur neuen Anschaffung dieses modernen Fahrzeugs. Kurz um: Die CVP befürwortet die Ersatzbeschaffung des Pionierfahrzeugs und stimmt beiden Anträgen des Gemeinderats zu.

Ralph Büchelin, SP führt aus, im vorliegenden Bericht des Gemeinderats werde über die Beschaffung eines neuen Pionierfahrzeugs für die Feuerwehr Binningen geworben. Sicher spricht das Dienstalter von 22 Jahren für einen Austausch. Die Basellandschaftliche Gebäudeversicherung empfiehlt, ein solches Fahrzeug nach 20 Jahren zu ersetzen. Es gibt auch einige weitere Argumente für eine Neuanschaffung wie z.B. eine zeitgemässe Ausrüstung des Einsatzmaterials, die verbesserte Wirtschaftlichkeit des Fahrzeugs, eine bessere Wendigkeit in Quartierstrassen etc. Ein sehr wichtiger Punkt beim neuen Fahrzeug ist auch die erhöhte Sicherheit. Es können mehr Personen mitfahren und diese können sich schon während der Fahrt zum Einsatzort mit ev. nötigem Atemschutz ausrüsten. Im Submissionsverfahren ist die Firma Vogt aufgrund eines Punktesystems ausgewählt worden. Hier vertraut die Fraktion auf die Kompetenz der zuständigen Fachleute. Die SP stimmt daher beiden Anträgen des Geschäfts zu.

Karin Glaser, Grüne dankt für die sehr detaillierten Ausführungen im Bericht zum neuen Ersatzfahrzeug für die Feuerwehr. Auch aufgrund dieser Ausführungen hält die Fraktion es für nötig, ein neues Pionierfahrzeug anzuschaffen. Da die Gebäudeversicherung die Anschaffung ebenfalls unterstützt, scheint der Rednerin die Notwendigkeit gegeben. Die Grünen stimmen dem ersten Antrag des Gemeinderats zu. Auch den zweiten Antrag wird die Fraktion unterstützen. Sie fragt sich aber, ob wirklich der Einwohnerrat entscheiden muss, welches Fahrzeug gekauft wird, wenn das Preisverhältnis einigermaßen stimmt. Schlussendlich weiss die Feuerwehr, was das Auto alles können muss.

Marc Schinzel, FDP äussert, die FDP stimme ebenfalls beiden Anträgen zu und bedanke sich für das sorgfältig aufgegleiste Geschäft. Sie sieht ganz klar die Notwendigkeit des Ersatzes dieses Pionierfahrzeugs, das am Ende seines Lebenszyklus angekommen ist. Für die Fraktion sind zwei Aspekte wichtig. Binningen muss über eine schlagkräftige, gute und autonome Feuerwehr verfügen. Die Gemeinde ist zwar

gemäss kantonalem Konzept an den Stützpunkt der Berufsfeuerwehr Basel angebunden. Es zeigt sich aber immer wieder, dass Binningen gerade in Katastrophenfällen – z.B. bei grossen Stürmen, bei welchen die Feuerwehr überall im Einsatz steht – von Basel nicht zuerst bedient wird. Daher ist es wichtig, dass die nötigen Einsatzmittel vorhanden und à jour gehalten werden. Es ist richtig, dass man dies nun macht. Der zweite für die FDP wichtige Aspekt ist, dass mit dem Atemschutz, der bereits auf der Fahrt angezogen werden kann, auch der Schutz der mitfahrenden Feuerwehrleute verbessert wird. Der FDP ist es sehr wichtig, dass das Personal bestmöglich geschützt ist. Auch aus diesem Grund befürwortet sie ganz klar die Modernisierung und die Neuanschaffung des Pionierfahrzeugs.

Urs Weber, SVP ist der Meinung, es sei schon vieles gesagt worden. Das Wichtigste kam aber noch nicht zur Sprache: Das neue Fahrzeug ist Euro 6, d.h. es werden weniger Abgase ausgestossen. Dies muss an dieser Stelle auch erwähnt werden. Das Fahrzeug ist wendig – den Anhänger gibt es nicht mehr – und der heutigen Zeit angepasst. Daher wird die SVP den beiden Anträgen ebenfalls zustimmen.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP dankt für die positive Aufnahme der Vorlage und die absehbare einstimmige Zustimmung. Es ist wirklich 5 vor 12, nicht nur aus den bereits erwähnten Gründen. Den Ratsmitgliedern ist möglicherweise bekannt, dass die BGV die Subventionen der Fahrzeuge massiv kürzt. Man hat sich vorbehalten, die Vorlage nun zu bringen und erhielt die Zusage, dass die Gemeinde eine Subvention in Höhe von 60 000 Franken erhält. Im nächsten Jahr wäre diese auf 20 000 Franken zurückgefallen. Der Gemeinderat ist bemüht, nicht zu viel Geld auszugeben. Dies als Ergänzung.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: Einstimmig JA (vgl. Anhang, Abstimmung 01)

Antrag 2: Einstimmig JA (Abstimmung 02)

BESCHLUSS

- ://: 1. Für die Anschaffung eines Pionierfahrzeuges als Ersatz für das heute im Einsatz stehende Fahrzeug wird ein Kredit von CHF 459 000 bewilligt (exkl. Rückkauf von CHF 15 000 und der BGV-Subvention von max. CHF 60 000).
- ://: 2. Die Firma Vogt AG erhält aufgrund des besten Angebots im Submissionsverfahren den Zuschlag.
-

Traktandum 3

Nr. 123

Postulat S. Abt, SP: Sicherstellung einer adäquaten Wartung und Instandstellung der Schwimmhalle Spiegelfeld Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Simone Abt, SP erläutert, das Geschäft habe mittlerweile ein gewisses Alter. Bereits vor 5 Monaten lag die Antwort des Gemeinderats bereit. Seither wurde das Geschäft mehrmals verschoben und vermutlich ist inzwischen auch einiges an Wasser den Birsig hinunter geflossen. Vielleicht hat Gemeinderat Daniel Nyffenegger zu diesem Thema noch etwas zu ergänzen. Die Postulantin hat sich beim Lesen der Antwort sehr missverstanden gefühlt. Es ging ihr nicht darum, die Sanierung des Schwimmbads voran-

zutreiben. Ihr ging es darum, dass das Bad bis zu dieser Sanierung, die, da ist sie einverstanden, vielleicht durchaus noch warten kann, in einem attraktiven Zustand gehalten wird, damit die Personen, die es rege benutzen – seien es alte Menschen, junge Menschen, Schulklassen – Freude daran haben, gerne kommen und das Gefühl haben, dass sie in einem sauberen und gut gepflegten Bad baden können, auch wenn es schon in die Jahre gekommen ist.

Aus Sicht der Postulantin sollte man das Bad nicht vergammeln lassen bis die Besucher nicht mehr kommen und anschliessend sagen: «Das Interesse ist nicht mehr da. Das Bad zieht niemanden mehr an. Es ist überholt. Es gibt bessere und grössere Bäder in der Nähe.». Man muss das, was man hat, pflegen. Es hat nicht jede Gemeinde ein Bad. Viele Gemeinden wären froh, sie hätten eins, vor allem seitdem Schwimmen mittlerweile wieder Unterrichtspflichtstoff ist, was sie persönlich freut. Sie war immer der Ansicht, das Schweizer Kind könne schwimmen. Eine Zeit lang sah es so aus, als ob es das nicht mehr könnte. Es kann es nun aber offenbar wieder. Darum geht es. Wenn die Antwort auf das Postulat immer noch die Gleiche ist, wie vor fast einem halben Jahr, dann plädiert die Votantin dafür, den Vorstoss zu überweisen. Denn dem, was sie wirklich wollte, wurde mit der Antwort nicht genüge getan.

Beatrice Büschlen, Grüne erinnert daran, dass die Grünen bei der Budgetkürzung im letzten Jahr nicht mitgemacht haben. Für sie war schon damals klar, dass Verzögerungen bei Instandsetzungen oder Sparen bei der Wartung zu höheren Kosten führen wird. Es mag sein, dass für die NutzerInnen bis jetzt kein unmittelbarer Schaden entstanden ist und der Betrieb und die Sicherheit bisher gewährleistet sind. Zum Glück. Die Folgekosten durch mangelhafte oder verspätete Instandhaltungs- und Wartungsarbeiten zahlt schlussendlich dann aber unnötigerweise der Steuerzahler. Das Herauszögern von Investitionen, Wartungen und Instandhaltungen haben der Gemeinde auch den ungemütlichen Investitionsstau bei allen Immobilien beschert. Die Rednerin gibt zudem zu bedenken, dass sich die Instandsetzungskosten, da schon wieder neue Arbeiten verschoben wurden, gemäss Objektauswertung Sport- und Schwimmhalle Spiegelfeld des Aktionsplans für das Jahr 2020 auf 1,1 Mio. Franken stauen. Weil die Verzögerungen immer mehr Bauteile betreffen, wird auch die Vorlaufzeit grösser, die Planung und die Lieferfristen komplexer und damit natürlich alles teurer. Gespart hat man so nicht. Die Grünen unterstützen das vorliegende Postulat und möchten vom Gemeinderat aufgezeigt erhalten, wann er mit einer Vorlage für die Instandsetzung in den Rat kommen wird. Bei einer wiederholten Verschiebung wären dann nämlich die Dachsanierung und die Sanierung der Innenflächen dran. Die Fraktion möchte zudem wissen, wie die Wartung und damit die Instandhaltung bis zu den vorgesehenen Arbeiten gewährleistet und damit die Folgekosten minimiert werden können. Die Grünen werden das Postulat überweisen.

Thomas Hafner, CVP möchte namens der CVP als erstes festhalten, dass die Fraktion für den Erhalt einer gut funktionierenden Schwimmhalle ist. Sie bekennt sich seit Jahren und auch in Zukunft für das Binninger Hallenbad und dafür, dass Kinder und Jugendliche im Schulunterricht Schwimmen erlernen können. Aufgrund der vom Gemeinderat infolge der Budgetkürzungen in der Dezembersitzung 2018 bekannt gegebenen Massnahmen war nicht klar, was er in seinem Wortlaut genau bezwecken wollte. Die Postulantin erwähnte vorhin die Sauberkeit. Der Redner ist der Ansicht, mit der Ansage «Verzicht Unterhalt Hallenbad» habe der Gemeinderat das Postulat von Simone Abt provoziert. Aus diesem Grund hatte die CVP damals auch Verständnis für den Vorstoss. Sie dankt nun für die Klärung und die Absicht des Gemeinderats. Die Ansage «Verzicht Unterhalt Hallenbad» konnte wirklich anders verstanden werden, auch wenn der Verzicht auf den laufenden Unterhalt gar nicht erlaubt wäre, ohne das Bad sofort schliessen zu müssen. Die CVP hat sich aufgrund der Argumentation des Gemeinderats gegen eine Überweisung entschieden. Aus ihrer Sicht kann man die geplante Erneuerung, Sanierung Sandfilter und Lüftung, auch um ein Jahr verschieben. Sie dankt für das Postulat, wird es aber nicht überweisen.

Peter Sala, FDP teilt mit, die FDP unterstütze den Antrag des Gemeinderats, das Postulat nicht zu überweisen. Die Fraktion hat sich vergewissert, dass die Wartung immer sauber gemacht wurde und die Sicherheit gewährleistet ist. Die anstehenden Erneuerungsarbeiten können nicht rasch an einem Wochenende sondern erst in den Sommerferien gemacht werden. Bis zu diesem Zeitpunkt ist die Wartung

sicher gewährleistet. Es ist zudem im Budget 2020 vorgesehen. Daher spricht sich die FDP gegen eine Überweisung aus.

Urs Weber, SVP merkt an, auch die SVP werde das Postulat nicht überweisen. Die Fraktion vertraut dem Gemeinderat, dass dieser ein Auge auf die ganze Sache hat. Bisher war das Bad immer offen, wenn es offen sein musste. Die SVP glaubt daran, dass der Gemeinderat dies nun in die Hände nimmt und etwas gemacht wird. Der Votant gibt zu bedenken, auch wenn man das Hallenbad saniert, könne immer einmal eine Panne auftreten. Es kann z.B. eine Pumpe kaputt gehen, die man nicht sofort aus der Schublade ziehen kann. In diesem Fall wäre das Hallenbad auch geschlossen. Die Fraktion vertraut dem Gemeinderat und wird den Vorstoss nicht überweisen.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP weist darauf hin, der Bericht sei bereits im Frühjahr bereit gewesen, im Einwohnerrat aber immer zurückgestellt worden. Heute hat man eine ganz andere Situation. Er versichert den Anwesenden, dass der Betrieb des Hallenbads und die erwähnte Sauberkeit jederzeit gewährleistet waren. Wenn irgendetwas ausgefallen wäre, hätte man dies trotz des Sparvorschlags und der Reduktion des Unterhalts selbstverständlich mit einem Nachtragskredit bewilligt und gemacht. Die zwei erwähnten Hauptposten, die im laufenden Jahr als Sparmassnahmen gestrichen wurde, sind bereits im Budget 2020 enthalten und werden nächstes Jahr vollzogen. Im Weiteren wird auch in Zukunft, wahrscheinlich Anfang 2020, über das weitere Vorgehen mit dem Hallenbad im Rat informiert.

Gaida Löhr, SP kann das nicht ganz nachvollziehen. Als Simone Abt das Postulat einreichte, lag dem Rat in dieser seltsamen Liste von Sparmassnahmen, die alle Anwesenden nicht so gut fanden, u.a. der Punkt vor, dass beim Hallenbad gespart werden soll. Dies wollte die Postulantin verhindern. Wenn sie es richtig gehört hat, möchten dies eigentlich alle hier im Saal. Daher fragt sich die Rednerin, wieso man das Postulat nicht – wie man dies sonst macht – überweist und abschreibt. Im Sinne von: Der Gemeinderat hat die Botschaft verstanden. Dann wäre das Zeichen gesetzt, dass das Parlament nicht an der Schwimmhalle sparen möchte. Das Zweite, das sie nicht begreift, ist, dass permanent gesagt wird, man könne dies auch noch im nächsten Jahr machen. Es steht im Postulat kein Wort davon, wann man es machen muss. Es steht nur, es soll nicht als Sparmassnahme etwas nicht gemacht werden, das gemacht werden muss. Das ist alles. Sie sieht nicht ein, weshalb man dem nicht zustimmen kann.

Marc Schinzel, FDP glaubt, die Situation sei relativ einfach. Das Postulat wurde zu einer anderen Zeit verfasst. Man hat es gehört. Die Situation ist heute eine ganz andere. Aber schon damals wurden die im Postulat geforderten Massnahmen, die Instandhaltung, nie vom Gemeinderat nicht gemacht. Der im Vorstoss befürchtete Zustand ist gar nie eingetreten. Daher ist das Postulat materiell gegenstandslos, da der Gemeinderat die Instandhaltung zu Recht – es wünschen sich ja alle, dass man das Bad nicht verfallen lässt und auch der Gemeinderat wollte dies nie – immer so weiterführen wollte und sie auch gemacht hat. Deshalb ist die Ausgangslage so, wie sie heute ist. Der Redner findet, man müsse nicht etwas überweisen und als Forderung dem Gemeinderat geben, das in der Realität eigentlich gar nie ein Thema war, weil es der Gemeinderat gar nie verlottern liess.

Simone Abt, SP dankt für die klärenden Worte des zuständigen Gemeinderats, fühlt sich aber immer noch missverstanden. Sie hatte keine Zweifel, dass der Gemeinderat keine Sicherheitsrisiken in Kauf nehmen wird. Ihr war klar, dass das Bad, sobald an einem Ort wirklich etwas sicherheitsrelevant wird, entweder geschlossen oder etwas unternommen wird. Davon hat die Votantin in ihrem Postulat nicht gesprochen. Es geht ihr darum, dass man ein Bad, wenn man es betreibt, so instand halten muss, dass die Leute gerne kommen. Wenn man beim täglichen Unterhalt der Lokalität spart, kommt es vielleicht irgendwann dazu, dass es nicht mehr so verlockend ist. Sie redet nicht einmal von der Hygiene. Dem Wasser genügend Chlor beisetzen kann man. Es geht ihr darum, dass man darum besorgt sein sollte, dass es ansprechend ist und die Besucher gerne kommen. Die Sparmassnahme machte der Rednerin insofern Angst, als dass sie das Gefühl hatte, nun werde nur noch das Notwendige gemacht, damit die Sicherheit gewährleistet ist. Das reicht nicht. Sie plädiert nach wie vor für eine Überweisung.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP erklärt, der Gemeinderat habe im Dezember aufgrund des Sparbefehls Sparmassnahmen präsentiert. Er ist der Ansicht, das Parlament könnte auch einmal bei den gebundenen und nicht nur bei den ungebundenen Leistungen sparen. Immer wenn es um die ungebundenen Leistungen geht, kommen diese Sachen zuerst an die Reihe. Er geht davon aus, die Anwesenden verstehen sein Anliegen. Als zweites möchte der zuständige Gemeinderat darauf hinweisen, dass der Rat dem Vorschlag des Gemeinderats in der Rechnung 2017, eine Rückstellung resp. eine Gewinnüberweisung zugunsten des Hallenbads zu tätigen, nicht gefolgt ist. Die 9,5 Mio. Franken wurden ebenfalls in die Schulraumplanung gesteckt. Damit wurden die Prioritäten des Einwohnerrats klar gesetzt.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 15 JA / 24 NEIN (Abstimmung 03)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 4

Nr. 130

Motion Chr. Maier, FDP: Komitee Beitritte vor den Einwohnerrat!

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Christoph Maier, FDP erläutert, er habe damals mit vielen Mitunterzeichnenden die vorliegende Motion eingereicht. Nun hat sich der Gemeinderat dazu geäussert. Er bedankt sich für die Äusserung, auch wenn er damit nicht einverstanden ist. Der Motionär möchte kurz erklären, weshalb dies der Fall ist. Der Gemeinderat sagt, er habe die Rechtslage in Bezug auf eine Motion, die verlangt, die Kompetenz für einen Beitritt zu einem politischen Komitee, das sich in kantonalen und übergeordneten Instanzen in den politischen Prozess einbringen wollen würde, zu prüfen, klären lassen. Er habe ein vom VBLG bestelltes Rechtsgutachten konsultiert und sei dabei zum Schluss gekommen, dass im Kanton Baselland die Rechtslage so sei, dass der Gemeinderat in eigener Kompetenz über dies befinden könne. Im Weiteren habe er sich bei seiner internen Rechtsabklärung auf das Gemeindegesetz § 47 gestützt. In dieser Bestimmung werden die Kompetenzen der Gemeindeversammlung aufgelistet – sprich die, die in Binnigen mit der ausserordentlichen Gemeindeorganisation der Einwohnerrat vornimmt – und aufgrund der Negativbestimmung kämen dem Gemeinderat alle anderen Kompetenzen zu.

Das Interessante bei der Abklärung dieser Rechtslage – nämlich dem, was das existierende Recht dazu sagt – ist, dass beim Zitat von § 47 zwar Absatz 1 zitiert wird, der die Kompetenzen der Gemeindeversammlung auflistet, aber es geht vergessen, dass die Bestimmung auch einen Absatz 2 hat. Der Votant liest § 47 Abs. 2 vor: «Durch Gemeindereglement können der Gemeindeversammlung (Einwohnerrat) weitere Befugnisse eingeräumt werden, soweit sie nicht aufgrund der Gesetzgebung ausdrücklich einem anderen Gemeindeorgan zustehen.». Genau das wollte seine Motion. Dass man dem Rat eine Kompetenz einräumt, nämlich zu bestimmen, welchen Komitees man beitreten soll. Das kann man nicht damit abtun, dass man nach geltendem Recht «de lege lata» eine Motion abputzt, die eine Anpassung des Rechts verlangt «de lege ferenda». Das hätte man abklären sollen. Er hätte dies auch erwartet, wenn man schon eine rechtliche Abklärung macht und den Rechtsdienst bemüht. Das Bundesgericht sagte einmal, wenn es darum geht, dass sich ein Gemeindewesen in den politischen Prozess einbringt,

braucht es drei Grundprinzipien: Sachlichkeit, Verhältnismässigkeit und Transparenz. Gerade bei einem Entscheid, der sich in einem nicht-öffentlichen Verfahren im Gemeinderat abspielt, glaubt er nicht, dass die Transparenz tatsächlich gewährleistet ist. Er wäre den Anwesenden dankbar, wenn sie die Motion überweisen würden und den nicht so willentlichen Gemeinderat damit beauftragen könnten, die Kompetenzverschiebung doch zu machen. Auch wenn dies heute «de lege lata» noch nicht der Fall ist.

Erik Schellenberg, SP führt aus, die SP habe das Thema besprochen und lange hin und her geraten, was dies überhaupt soll. Der Fraktion ist absolut schleierhaft, was mit der Motion bezweckt werden soll. Sie sieht keine Notwendigkeit, keinen Anlass und keine zwingende Zuständigkeit. Der Motionär kann vielleicht im Detail erklären, wo dies zutreffen könnte. Die SP spricht sich für Nicht-Überweisen aus.

Anand Jagtap, Grüne dankt dem Gemeinderat für die rechtlichen Abklärungen. Offensichtlich ist es so, dass der Gemeinderat in eigener Kompetenz beschliessen kann, welchen Komitees die Gemeinde Binningen beitreten soll. Die Kompetenz verpflichtet den Gemeinderat aber auch, sorgsam mit dem Recht umzugehen. Das war in der Vergangenheit nicht immer der Fall, daher liegt der Vorstoss vor. In der Sache bleibt der Fraktion nichts anderes übrig, als den Vorstoss nicht an den Gemeinderat zu überweisen.

Karl J. Heim, CVP ist nach den Äusserungen des Motionärs der Ansicht, der politische Vorstoss habe seine Berechtigung. Er sagt dies in persönlichem Namen, denn die Fraktion ist wahrscheinlich gespalten. Die CVP hätte gerne einige Beispiele solcher Beitritte gehört. Aus ihrer Sicht ist es richtig, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat solche Beitrittsabsichten zur Genehmigung vorlegt. Warum? Vor allem deswegen, weil das Parlament als die repräsentative Behörde der Bevölkerung wissen soll, in welchen politischen Anliegen sich der Gemeinderat engagiert und was für allfällige, vielleicht sogar finanzielle, Verpflichtungen aus einem solchen Engagement resultieren. Daher ist die Fraktion der Auffassung, dass die Bevölkerung als Stimmbürger und Steuerzahler im Bild sein sollte, wofür sich die Executive auch im Namen ihres Wahlvolks engagiert.

Urs Brunner, SVP informiert, die SVP unterstütze die Motion und ist für eine Überweisung. Mit der Motion soll die Kompetenzfrage zugunsten des Einwohnerrats geklärt werden.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP erklärt, der Gemeinderat habe die rechtliche Situation im Rahmen der IST-Situation geprüft. Das vorliegende Ergebnis hält zu 200 Prozent stand. Es ist eine Tatsache. Selbstverständlich hat man die gesetzliche Grundlage, wie es der Motionär richtig erläutert hat, dass, wenn man etwas in die Zukunft verändern möchte, dies auch möglich ist. Es ist noch nicht allzu lange her, als der Gemeinderat dem Parlament den Vorschlag unterbreitet hat, gemeinsam eine Auffrischung der Gemeindeordnung zu machen. Der Vorschlag stiess im Rat auf breite Ablehnung. Man hat sich vor allem um den Entwurf des Gemeinderats zur neuen Formulierung focht. Der Votant betonte schon damals, wenn man ein Reglement zur Totalrevision auf den Tisch legt, redet man nicht nur über den Vorschlag des Gemeinderats, sondern es ist die Kompetenz des Parlaments bzw. des Volkes. Wenn man die Traktandenliste anschaut, kommen nun laufend Vorstösse, bei denen man in Zukunft blickt und eine Änderung vorschlägt. Den Prozess kann man sehr wohl auf den Tisch nehmen. Der Gemeinderat kann aber nicht für jeden Vorstoss eine Teilrevision machen und jedes Mal an die Bevölkerung treten. Es wäre eine Gelegenheit für eine Gesamtüberarbeitung der Gemeindeordnung. Warum ist ein solches Bedürfnis entstanden? Der Redner kann sich aus parteipolitischer Sicht sehr gut vorstellen, dass die einen es manchmal sehr gut finden, wie sich der Gemeinderat engagiert, und die anderen weniger gut. Wenn die Anwesenden aber sagen, dass sie die Vertretung des Volkes sind, dann hat insbesondere die Abstimmung zum letzten Geschäft gezeigt, dass der Rat politisch aufgestellt ist.

Welche Überlegung tätigt der Gemeinderat, wenn er sich für ein Komitee engagiert oder eben nicht? Es geht um das Wohl der Gemeinde. Der vorliegenden Motion ging eine Abstimmung voraus, bei der es um die Diskussion des Bodenmehrerts ging. Der Gemeinderat hat in dieser Abstimmung die Position der Gemeinden bezogen. Dies haben praktisch alle Gemeinden so gemacht. Es ist dem Redner klar, dass es

die eine oder andere Partei gab, die bei dieser Abstimmung ihre politische Position eingenommen hat und pro oder contra war. Selbstverständlich kann man die Kompetenz, ob die Gemeinde bei einem solchen Komitee mitmachen darf oder nicht, grundsätzlich auf die Ebene des Parlaments heben. Die Beantwortung der Frage, ob dies repräsentativer ist und ob durch eine Mehrheitsabstimmung im Rat die Interessen der Gemeinde – er spricht hier explizit von der Gemeinde – gewahrt oder mehr gewahrt sind, als wenn der Gemeinderat dies entscheidet, muss er den Ratsmitgliedern überlassen. Der Votant kann den Anwesenden versichern, dass sich der Gemeinderat nicht erst mit solchen Diskussionen befasst, wenn ein Komitee gebildet und man angefragt wird, ob man mitmachen möchte oder nicht. Über Vernehmlassungen und die Involvierung bei gewissen Geschäften bekommt er von Beginn an mit, was beim Kanton und beim Landrat diskutiert wird. Der Gemeinderat setzt sich sehr detailliert und vertieft mit der Frage auseinander, bevor er eine Entscheidung für oder gegen ein Komitee trifft. Es ist möglich, die Kompetenz in dieses Gremium zu heben. Der Gemeinderat empfiehlt aber ganz klar, die heutige Lösung zu belassen. Er wahrt die Interessen der Gemeinde und das ist nicht immer Parteipolitik. Es gibt im Gemeinderat auch Sachpolitik.

Marc Schinzel, FDP äussert, die vom Gemeindepräsidenten gemachte Auslegeordnung stimme. Die Argumente wurden alle sehr gut dargelegt. Er ist aber der Meinung, dass die Konsequenz daraus nicht unbedingt die sein muss, die von Seiten des Gemeinderats aufgezeigt wurde. Er würde auch als Einwohnerrat der Gemeinde Binningen – wie alle anderen Anwesenden auch – für sich in Anspruch nehmen, verpflichtet zu sein, die Interessen der Gemeinde zu wahren. Sonst ist man im falschen Parlament. Der Redner glaubt, die Schwierigkeit entstehe immer bei umstrittenen Themen, bei welchen auch die Exekutive bei vielen Gemeinden aus nachvollziehbaren Gründen eine Position einnimmt, die Perspektive der Legislative aber eine etwas andere ist. Das sah man auch bei der erwähnten Abstimmung. In diesen Fällen sollte man zurückhaltend sein mit Komitee-Beitritten. Er möchte dem Gemeinderat nicht unterstellen, dass er das nicht ist. Man sollte erst dann beitreten, wenn man das Gefühl hat, es handelt sich um eine breit abgestützte Sache. Der Votant ist der Ansicht, genau in den kritischen, umstrittenen Fällen braucht es die stärkere Legitimation. Die breit abgestützte Legitimation ist immer das Parlament. Das ist nicht nur auf kommunaler Ebene sondern auch beim Kanton und Bund so. Dann sollte der Gemeinderat durchaus auch einmal vors Parlament treten und den Entscheid dort abholen. Wenn man merkt, dass es kritisch resp. heikel ist und verschiedene Perspektiven gibt, dann sollte das Parlament, das stärker legitimiert ist, den Entscheid treffen können.

Thomas Hafner, CVP wiederholt, dass die CVP gespalten ist resp. sicherlich gespalten war. Mit dem Votum des Motionärs hat sich dies bei gewissen Fraktionsmitgliedern etwas geändert. Der Redner ist aber auch froh, dass der Gemeindepräsident seinen Teil dazu gesagt hat. Das von ihm Geäusserte kann die CVP sicher ebenfalls gutheissen. Die Fraktion ist überzeugt, dass der Gemeinderat nur in gutem Wille handelt, attestiert dem Parlament aber ebenfalls, nur im guten Willen zu handeln. Er würde gerne vom Motionär hören, was der Grund für die Motion war. Ging es wirklich um die Abstimmung zum Bodenerwerbswert oder noch um etwas anderes? Grundsätzlich spielt es zwar keine Rolle. Der Votant ist heute so weit, dass er dem Motionär zustimmen wird.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP ist Marc Schinzel für seine Ausführungen dankbar. Er möchte noch einen Punkt zur Veranschaulichung präzisieren. Es war der Zeitpunkt der Mehrwertabschöpfung. Die Gemeinden haben in der Vernehmlassung mehrmals versucht, sich in den politischen Prozess einzubringen. Man wollte die Lösung als Grundsatz nicht bestreiten, sondern sah die Interessen der Gemeinden – er redet hier nicht von den Bewohnern in den Gemeinden, sondern von der Gemeinde – zu wenig berücksichtigt und fand trotz Vernehmlassung und Kontaktsuche beim Parlament den Zugang nicht, um darüber reden zu können. Das ist ein typischer Fall. Der Gemeinderat erkannte, welche finanziellen Konsequenzen dies für die Rechnung der Gemeinde Binningen hätte, die am Schluss über die Steuerzahler und durch das Parlament in der Konsequenz von Budget und Rechnung hier diskutiert wird. Die Positionen der Parteien hingegen haben die Auswirkungen für die Gemeinden nicht berücksichtigt, sondern sie haben die Auswirkungen für die hier wohnenden Personen angeschaut.

Die Gemeinden, die sich zu einem Komitee zusammengeschlossen haben, machten dies, da die Punkte, die sie einbringen wollten, keinen Eingang gefunden haben. Sie wurden in der politischen Diskussion zur Abstimmung nicht aufgenommen bis man sich zusammengeschlossen und als Komitee kooperiert hat. Hätte der Gemeinderat das Thema vors Parlament gebracht, hätte man rein von der heutigen Stimmenverteilung das gleiche Bild wie im Landrat mit seiner bürgerlichen Mehrheit gehabt. Zum Schluss hätte man einfach gesagt: «Die einen sind in der Mehrheit und sagen Ja, die anderen sagen Nein.». Man hätte über die gleichen Argumente wie im Abstimmungskampf diskutiert und nicht über die Situation der Gemeinde, der Organisationen und dessen, was die Gemeinde selbst direkt betrifft. Da der Vorstoss blitzartig nach der Abstimmung eingereicht wurde, geht der Gemeindepräsident davon aus, dass es sehr viel damit zu tun haben muss. Er kann sich vorstellen, dass die einen glücklich und die anderen unglücklich sind. Aber ob das Parlament – wenn die Sache auf seine Ebene gehoben worden wäre – die Interessen der Gemeinde so vertreten hätte oder nicht, ist fraglich. Er ist der Auffassung, dass man hier beim Gemeinderat im Bereich der Sachpolitik sehr gut positioniert ist. Der Gemeinderat findet daher, man müsse nicht sämtliche Themen in den Einwohnerrat heben.

Christoph Maier, FDP möchte auf das Votum des Gemeindepräsidenten replizieren. In einem konkreten Fall, in welchem der Rat für einen Komitee-Beitritt zuständig wäre, würde den Gemeinderat nichts daran hindern und es wäre auch nicht verboten – im Gegenteil –, dann tatsächlich mit seinen Sachargumenten zu kommen. Der Motionär muss den Vorwurf zurückweisen, dass die Einwohnerratsmitglieder nur parteipolitisch abstimmen. Es gibt auch Vorlagen, bei denen das Parlament Sachpolitik betreibt und nicht nur nach dem Parteibüchlein geht. Sonst wäre es schlecht. Er glaubt auch nicht, dass dies den Tatsachen entspricht. Das Parlament könnte den vom Gemeinderat vorgelegten Sachargumenten und den Auswirkungen einer bestimmten Vorlage, bei der der Gemeinderat dem Einwohnerrat einen Komitee-Beitritt beliebt machen möchte, sicher auch folgen. Aber die Diskussion, ob oder ob nicht, findet dann transparent in der Öffentlichkeit statt. Das ist dort, wo sie seiner Meinung nach hingehört.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 27 JA / 11 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: Die Motion wird überwiesen.

Traktandum 5

Nr. 44

Postulat G. Löhr, SP, und B. Büschlen, Grüne: Bonus für besondere KiTa-Leistungen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrice Büschlen, Grüne geht nur auf einige Punkte im Bericht ein, sonst würde ihr die Redezeit nicht reichen. Eine Ausrede nach der anderen zulasten der Schwächsten. Der Gemeinderat behauptet, dass der Standort für die Subventionen an die Erziehungsberechtigten eine untergeordnete Rolle spielt. Sie sollen sich frei entscheiden können. Wenn sich KiTas Binningen nicht mehr leisten können, gibt es keine KiTas mehr in der Gemeinde. Ohne Angebot, keine Wahl. Die Grünen fragen sich, wie sich der KMU Binningen-Bottmingen für solche Dienstleistungsbetriebe einsetzt, um sie in Binningen halten zu können, auch wenn sie kein Geld für eine Mitgliedschaft haben. Oder sind nur lukrative KMUs relevant? Die

Rednerin empfiehlt, den Fokus des Arbeitgeberverbands vom 26. Oktober 2017 zu lesen. Zitat: «Qualitativ gute Drittbetreuungsangebote für Kinder: Eine Win-win-Situation für alle beteiligten Akteure». Bei den KiTa-Kunden handelt es sich um Kinder im Vorschulalter, kleine Kinder von 0 - 4 Jahren, und nicht um Schulkinder, wie im Gemeinderatsbericht immer wieder vermischt wird. Die Betreuung von Schulkindern wird im Bildungsgesetz gefordert und ist objektbezogen. Die Vermischung hat in diesem Bericht nichts verloren.

Die Entwicklungsschritte im Vorschulalter sind bei jedem Kind unterschiedlich. Hier von Indikationsstellungen und Einzelabklärungen durch die Gemeinde zu sprechen, erachtet die Fraktion als Ausrede, etwas nicht machen zu wollen. Alle Kinder brauchen Förderung. Individuelle Förderung, egal wie weit ein Kind in seiner Entwicklung ist, ist die wichtigste Aufgabe der KiTas und der Gesellschaft. Das sollte honoriert werden mit Zeit, Geld und guten Rahmenbedingungen. Binningen kann sich Rahmenbedingungen leisten. Qualität in der Kinderbetreuung, gute, sprachliche, körperliche und geistige Entwicklung sparen Kosten in der Primarschule. Gemäss Bundesamt für Sozialversicherung ist der Return of invest zwischen 1:3 bis 1:6. Für Binningen wären dies bis zu 4,2 Mio. Franken. Um für die Handvoll KiTas in Binningen z.B. eine Leistungsvereinbarung zu erstellen, sind Personalressourcen nötig. Auch das ist wieder nur eine Ausrede, etwas nicht machen zu müssen. Vor allem ist bei der Systemumstellung ja weniger Geld ausgegeben worden. Übrigens ist auch dies ein verpasster Investitionsrücklauf. Mit der Aufzählung von speziellen Projekten und der frühen Sprachförderung erkennt der Gemeinderat den Handlungsbedarf. Trotz Ideen und Lösungsvorschlägen weigert er sich, eingesparte Gelder des Systemwechsels wieder in die Kinder zu investieren. Der Bericht hat noch viele weitere Schwachpunkte. Es gäbe noch viel zu kritisieren, aber die Rednerin muss zum Schluss kommen. Die Grünen sind schwer enttäuscht über den einseitigen, nicht zu Ende gedachten Bericht mit der Vermischung von schulischer Betreuung und möchten ihn für eine Überarbeitung zurückweisen.

Thomas Häfele, FDP dankt den Postulantinnen namens der FDP für den Vorstoss und dem Gemeinderat für die Erläuterungen. Besonders begrüsst die Fraktion die Anregung der Postulantinnen nach längeren KiTa-Öffnungszeiten insbesondere Samstag und Sonntag. Wäre eine solche Forderung von der FDP gekommen, hätten sie heute Abend wahrscheinlich Gewerkschaftstransparente begrüsst. Für eine ausreichende Würdigung des Postulats wäre eine Analyse des IST-Zustands der Binner KiTas hilfreich gewesen. Es finden sich im Bericht keinerlei Daten zur aktuellen wirtschaftlichen Situation der verschiedenen Institutionen. Es ist auch etwas unverständlich, weshalb es 2,5 Jahre gedauert hat, bis der Bericht dem Einwohnerrat vorgelegt wird. Philippe Spitz darf leider nichts sagen, aber der Redner hat das Parteiprogramm der FDP mitgebracht. Dort ist das Thema Bildung fett vermerkt. Bildung ist der FDP ein grosses Anliegen. Sie findet den vorgeschlagenen Weg der Postulantinnen aber leider falsch. Es mag sein, dass im Jahr 2017 etablierte KiTas mehr Mühe mit der Umstellung auf die Subjektfinanzierung bekundet haben als private KiTas mit optimiertem Geschäftsmodell. Mittlerweile scheint sich die Situation aber beruhigt zu haben. Der Fraktion sind keine Fälle bekannt, dass Binner KiTas aus wirtschaftlichen Gründen bedroht sind. Eine Änderung des aktuell gültigen Fördersystems scheint ihr nicht angezeigt. Sie lehnt eine Einschränkung der Wahlfreiheit und zusätzliche gemeindespezifische Regulierungen ab. Eine Rückkehr zu einer Pseudoteilobjektfinanzierung ist der falsche Weg. Der Markt spielt und funktioniert. Die FDP wird das Postulat ablehnen und ansonsten abschreiben.

Andrea Alt, CVP führt aus, der Gemeinderat nehme in seinem Bericht zu vielen wichtigen Punkten Stellung. Er betont, dass es nie ein Bestreben gab, die Gemeindefinanzen zu entlasten. Es soll aber umgekehrt ein Bestreben geben, dass gute KiTas zur Verfügung stehen. Das soll nicht heissen, dass die KiTas in Binningen oder anderswo nicht gut sind. Im Gegenteil. Leider geht aber in vielen KiTas aufgrund des hohen administrativen Aufwands die Individualität verloren. Es ist auch für die CVP offensichtlich, dass sich die Situation in den vergangenen 2,5 Jahren verändert hat. Die Fraktion sieht ein, dass keines der 4 Szenarien die Problematik, die übrigens auch der Gemeinderat erkannt hat, wirklich löst. Vielmehr geht es darum, dass viele Indikationen wie bspw. Entwicklungsbehinderungen oder -verzögerungen, Verhaltensauffälligkeiten, Lernbehinderungen, sprachliche Probleme oder Wahrnehmungsauffälligkeiten erst

mit Eintritt in den Kindergarten erfasst und behandelt werden. Das ist zu spät und verursacht sehr hohe Kosten für die Gemeinde. Kaum eine Klasse in Binningen, wahrscheinlich auch kaum eine Klasse im ganzen Kanton, kommt heutzutage ohne Heilpädagogin, Sozialpädagogin oder Förderlehrperson aus.

Solange das Projekt zur frühen Sprachförderung der Leimentaler Gemeinden noch nicht vorliegt, welches sicher einen guten Ansatz mitbringen wird, hat ein Teil der CVP Mühe, das Postulat abzuschreiben. Es ist der Fraktion ein grosses Anliegen, dass der Gemeinderat an dieser Thematik dran bleibt. Vor allem die drei letztgenannten Punkte sind für sie von grosser Bedeutung. Nebst dem Raum- und Bewegungskonzept und der zusätzlichen Betreuung für Sprachförderung und Integration von verhaltensauffälligen Kindern, ist der CVP die KiTa als Ausbildungsplatz ein grosses Anliegen. Damit man aber dem Betreuungsschlüssel gerecht wird, bedient man sich Praktikanten. Die wiederum sind auf eine Anschlusslösung nach dem Praktikumsjahr angewiesen, sprich auf eine Lehrstelle. Allzu häufig ist aber die Anzahl Praktikanten höher als die zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze. So haben etliche Jugendliche keine Anschlusslösung. Was das bedeutet, muss man nicht weiter ausführen.

Barbara Fankhauser, SVP teilt mit, bereits im November 2017 habe sich die SVP gegen die Überweisung des Postulats ausgesprochen. Die Fraktion findet es sehr beruhigend, dass der Gemeinderat nach der Prüfung der Forderungen am Status Quo festhalten wird. Das kann sie nur unterstützen. Viele der geforderten Leistungen werden heute bereits abgedeckt z.B. Sprachfrühförderung, Sozialdienst etc. Viele der geforderten Leistungen könnten auch nur über Mehrkosten erbracht werden. Aus diesen Gründen wird die SVP dem Antrag des Gemeinderats zustimmen und das Postulat als erledigt abschreiben.

Gaida Löhr, SP erläutert, die SP sei genauso enttäuscht von der Arbeit des Gemeinderats wie die Grünen. Grundsätzlich hat man sich mit dem Kinder- und Jugendkonzept in Binningen entschieden, dass sich die Politik ab der Geburt um die Kinder kümmern muss und nicht erst ab dem Kindergarten. Das heisst die KiTas wären ein Teil davon. Die Politik hat zwar mit Anschubfinanzierungen dafür gesorgt, dass es genügend KiTa-Plätze gibt, sie hat aber nicht dafür gesorgt, dass man weiterhin an der Qualität arbeitet. Das ist heutzutage aber ausgesprochen wichtig. Zu sagen, die bereits mehrmals erwähnten 700 000 Franken, die eingespart wurden – man hat also einen Drittel eingespart –, hätten nichts mit Qualitätseinbussen zu tun, findet die Votantin sehr fragwürdig. Normalerweise wird es nicht besser, wenn es billiger wird. Wunder passieren selten und es gibt eigentlich eher mehr problematische Kinder. Die Pädagogen wissen, dass die Betreuung von Kindern in der Frühkindzeit extrem wichtig ist. Nicht nur für die Kinder und Eltern sondern auch für die Gesellschaft ist es wichtig, dass sorgfältig betreut, gefördert, hingeschaut und auch schwierige Kinder mitgenommen werden. Das lohnt sich.

Wenn der Gemeinderat in seinem Bericht auf Seite 5 schreibt, und das tönt schon fast erfreut, derzeit habe man die Probleme erst, wenn die Kinder in den Kindergarten kommen, dann ist das einfach zynisch. Hätte man die komplexen Fälle davor, wären sie vielleicht schon gelöst bis die Kinder in den Kindergarten kommen. Das wäre eine Einsparung. Der Rednerin kommt es wie ein «Lädeli-Sterben» vor, das man fördert, und dann von einem optimierten Geschäftsmodell spricht. Sieht man die Arbeitsweise der grossen Ketten, bei denen alles normiert ist – ein Kind ist nicht zu normieren –, die verlangen, dass das Kind immer gleich kommt, unabhängig davon was sich ändert, dann ist das nicht die Art KiTa, die sich die SP vorstellt. Die anderen KiTas kämpfen nicht nur in Binningen sondern im ganzen Kanton ums Überleben. Das ist so. Sie treffen sich, engagieren und überlegen sich, wie sie überhaupt noch weitermachen sollen. Es ist wirklich ein Problem. Die restlichen Punkte wurden von ihren Vorrednerinnen erwähnt. Die Postulantin würde zum Schluss gerne auf ein Votum von Christoph Maier zurückkommen. Er meinte, der Rat sei durchaus fähig, nicht nur parteipolitisch sondern auch sachlich zu entscheiden. Sie würde nun gerne sehen, dass es jemanden gibt, der sachlich entscheidet und nicht nur parteipolitisch. Die SP ist für eine Rückweisung des Berichts. Der Gemeinderat soll seine Aufgaben machen.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP äussert, im Frühbereich sei in den letzten Jahren viel Dynamik drin gewesen. Der Kanton ist an einer Strategie der frühen Bildung. Das ist mitunter ein Grund, weshalb es so

lange gedauert hat. Es ist nicht so, dass der Gemeinderat nichts gemacht hat. Er hat das Geschäft mehrmals beraten und eine grosse Auslegeordnung gemacht. Es ist nicht ganz so einfach. Die Gemeinde hat ein Reglement, das sehr breit ist, eine grosse Wahlfreiheit gibt und in welchem die Subjektfinanzierung vollumfänglich umgesetzt wurde. Es geht weiter, als dies andere Gemeinden gemacht haben. Das heisst es geht nicht nur um eine Handvoll KiTas. Es gibt in Binningen zwar eine Handvoll KiTas, aber die Kinder in Binningen dürfen in jede KiTa gehen und erhalten Subventionen, wenn sie dafür berechtigt sind. Die Gemeinde hat mit den KiTas direkt nichts mehr zu tun, sondern sie unterstützt die Eltern, die die Subventionen in Anspruch nehmen. Das ist auch der Grund, weshalb man keine Daten von den KiTas erheben kann. Die Gemeinde erhält wenig Rückmeldung, wenn sie Daten von KiTas anfordert. Vielleicht gerade noch von der Handvoll KiTas in Binningen, aber auch nicht von allen.

Den Abschluss von Leistungsvereinbarungen könnte man aus diesem Grund nicht nur mit KiTas in Binningen machen. Das wäre eine Ungleichbehandlung. Mit allen KiTas, in welche die Eltern ihre Kinder bringen dürfen und möchten – was der Gemeinderat auch gut findet, da es erstes Ziel und Zweck des Reglements ist, eine Vereinbarung von Familie und Beruf zu erreichen –, wäre das schwierig. Die Qualität ist wichtig, das haben die KiTas erkannt. Es gibt mittlerweile verschiedene Labels, die die KiTas erfüllen möchten und bei welchen sie sich anschliessen. Es ist ganz klar, dass die Sprachfrühförderung ein sehr, sehr wichtiger Teil ist. Das ist auch dem Gemeinderat ein Anliegen. Der Gemeinderat ist hier daran, sich im Leimental zu verbinden. Natürlich möchte der Gemeinderat, dass die Kinder früher als im Kindergarten erfasst werden, aber er sah keine Möglichkeit, dies innerhalb des Reglements zu tun.

Peter Heiz, FDP ist im Hinblick auf das Votum von Gaida Löhr eigentlich ganz froh, dass sich die Politik erst bei der Geburt der Kinder einmischt und nicht bereits bei der Zeugung. Wenn es so wäre, könnte er aus beruflicher Sicht vielleicht noch zwei, drei wichtige Hinweise geben.

Gaida Löhr, SP sieht die grosse Wahlfreiheit nicht tangiert. Man muss dann einfach zwischen zusätzlichen Angeboten, die Binningen bietet, und anderen Angeboten, die es vielleicht in einer anderen Gemeinde gibt, wählen. Das empfindet sie nicht als Einschränkung. Genauso kann man sagen, es sei nicht gerecht, wenn KiTas, die unterschiedliche Leistungen erbringen, gleich viel erhalten. Die berühmten 11 Franken pro Stunde. Man gibt den KiTas damit nicht die Möglichkeit, sich zu profilieren und dann mehr zu erhalten. Das erhalten sie nur von den Vollzahlern, wenn überhaupt. Bezüglich der komplizierten Frage, wie man das Ganze kontrollieren könnte, ist die Votantin überzeugt, dass die KiTas bereit wären mitzuteilen, wenn sie eine zusätzliche Leistung, die man definieren könnte, erbringen. Sie weiss nicht, wie oft der Gemeinderat im Sinn hat zu kontrollieren, ob der angegebene Lehrling tatsächlich Lehrling ist oder etwas ganz anderes in der KiTa macht. Das muss man aus ihrer Sicht nicht kontrollieren. Wenn eine KiTa angibt, sie habe 10 Babys, dann muss man das nicht x-Mal kontrollieren. Dann sind das Babys. Sie sieht das Problem nicht. Es wäre gar nicht so kompliziert. Die Rednerin hat sich einmal sagen lassen, dass der Schulrat, der die Kinder ab dem Kindergartenalter mitbegleitet, durchaus interessiert wäre, ev. auch zu schauen, was in einer KiTa geht.

Sven Inäbnit, FDP meint, man könne noch stundenlang debattieren, ob die eine oder andere Leistung oder der eine oder andere Aspekt gut sei. Ob man dies beeinflussen möchte oder nicht und wie man es honorieren oder unterstützen möchte. Das ist alles gut und recht. Letztendlich gibt es einfach einen Systemwechsel. Man hat heute ein System der Subjektfinanzierung. Das wurde hier beschlossen und bestätigt. Wenn man nun wieder zurückgeht und sagt, bei diesem Objekt könnte man noch etwas machen oder da, aber bitte nur bei den Eigenen im Territorium – er fragt sich, weshalb man es überhaupt auf die Eigenen beschränken sollte. Welche rechtliche Grundlage gibt es dafür? – führt dies zu einem Systemwechsel. Wenn man das System ändern möchte, braucht es einen neuen Vorstoss. Eine Motion, die das Reglement ändert und bei welchem es wieder möglich sein soll, ein Objekt zu unterstützen und nicht nur den Eltern Geld zu geben. Das wäre ein Systemwechsel und kann nicht im Rahmen des vorliegenden Postulats gelöst werden. Daher findet er, man könne die Diskussion hier abbrechen.

ABSTIMMUNG

Rückweisung an den Gemeinderat: 15 JA / 22 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 05)
Abschreibung: 23 JA / 16 NEIN (Abstimmung 06)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 6

Nr. 135/137

Politische Plakatierung / Wildplakatierung: Motion B. Benthaus, SP: «Plakatierung vor Abstimmungen und Wahlen» und Postulat P. Bräutigam, CVP, und A. Alt, CVP: «Wildplakatieren – wie weiter?»

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Bettina Benthaus, SP bedankt sich dafür, dass der Gemeinderat ihre Motion entgegen nehmen möchte. Sie findet es spannend, dass dies gemeinsam mit der CVP gemacht werden kann. Im Moment ist die Wildplakatierung wieder ein aktuelles Thema. Die Motionärin ist überzeugt, dass etwas gemacht werden muss. Das Ganze ist ihrer Meinung nach kein Zustand und sieht furchtbar aus. Sie vermutet, ohne die Wildplakatierung käme auch die Feuerwehr wieder besser durch die Strassen. Die CVP hat ein Postulat zum Thema eingereicht, bei der SP ist es eine Motion. Die Votantin findet die Motion in diesem Fall das richtige Instrument, da das Ganze eine Gesetzesänderung mit sich zieht. Klar war, dass die Anpassung nicht auf die National- und Ständeratswahlen im Oktober umgesetzt werden konnte. Dass es aber auch auf die kommunalen Erneuerungswahlen im Februar 2020 keine definitive Lösung geben kann, findet die Fraktion extrem schade. Es gibt genügend andere Gemeinden, die Konzepte vorweisen, welche man in Binningen übernehmen könnte. Die SP hofft, dass die Parteien bis zu diesem Zeitpunkt untereinander eine Vereinbarung treffen können, die von allen eingehalten wird.

Beatrix Bürgin, SVP legt dar, seit Jahren sei das Anbringen von Wahlplakaten ein leidiges Thema. Das Wildplakatieren ergibt ein unruhiges, ungepflegtes Bild in den Gemeinden, so auch in Binningen. Es liegen zwei Vorstösse zum Thema vor. Eine Motion der SP, die ein Reglement fordert, und ein Postulat der CVP, welches eine Prüfung eines Verbots der Wildplakatierung und einen anschliessenden Bericht möchte. Beide Vorstösse sprechen sich für eine Eindämmung der Plakatflut vor Abstimmungen aus. Die SVP wird das Postulat der CVP überweisen, das Geschäft 135 aber nicht als Motion unterstützen. Wenn die Motionärin den Vorstoss in ein Postulat umwandelt, würde die SVP der Überweisung zustimmen.

Rahel Amacker, CVP weist darauf hin, der CVP sei ein aktiver Wahlkampf in Binningen wichtig. Es ist schön, eine Bevölkerung mit Interesse an der Politik und vielen Personen zu sehen, die wählen und abstimmen gehen. Die Kandidatinnen und Kandidaten sollen im öffentlichen Raum sichtbar sein, damit man sie kennt. Für die Entscheidungsfähigkeit der Bevölkerung ist es wichtig, die Kandidierenden zu kennen. Wenn die Präsentation der Kandidierenden aber in einem Plakatwald endet, welchen die Bevölkerung letzten Endes als störend empfindet, bewirkt man genau das Gegenteil. Zudem können Plakate im Übermass an ungünstigen Stellen sogar die Sicht im Strassenverkehr einschränken. Daher haben Patricia Bräutigam und Andrea Alt von der CVP das vorliegende Postulat eingereicht. Die Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats wie auch der Motion klar. Gemeinsam sollen der Gemeinderat, die Verwaltung und alle Parteien ein klares Konzept erarbeiten, das eine möglichst faire und moderate Pla-

katierung ermöglicht. Die zur Verfügung stehenden Flächen für die Plakate müssen klar definiert und das Aufhängen von Plakaten an nicht offiziellen Orten muss verboten werden. Eine erste gemeinsame Sitzung mit den Parteipräsidien und der Gemeinde ist in Planung. Die CVP wird gerne daran teilnehmen und hofft auf eine gute Lösung. Sie ist überzeugt, dass es sich um eine gute Sache handelt für ein schönes Bild von Binningen, eine zufriedener Bevölkerung und nicht zuletzt für eine Ressourcenreduktion. Somit ist das Ganze auch positiv für die Umwelt.

Beatrice Büschlen, Grüne befürwortet namens ihrer Fraktion sowohl das Postulat wie auch die Motion. Sie findet es ebenfalls schade, dass es wahrscheinlich nicht reichen wird, die Plakatierung auf die kommunalen Wahlen in geordnete Bahnen zu lenken. Die Grünen freuen sich und danken für die Einladung zum Gespräch im Oktober. Sie sind bereit, dort gute Ideen einzubringen, um die kommunalen Wahlen gut über die Bühne zu bringen.

Daniel Setz, FDP führt aus, das Ausmass an Plakatierung im Generellen und die Wildplakatierung im Speziellen haben ein Übermass angenommen, welches so von der Bevölkerung nicht mehr akzeptiert werde. Die Kosten für die Parteien bei dieser Plakatierungsschlacht, um die nötige Visibilität zu erhalten, sind nicht zu unterschätzen und steigen stetig. Bei all den Forderungen nach Regelungen muss bedacht und in Betracht gezogen werden, dass die freie Meinungsbildung der Wählerinnen und Wähler in einer direkten Demokratie wichtig ist und die Plakate, ob man dies will oder nicht, auch einen Teil dazu beitragen. Die Fraktion hofft, dass bis zu den kommunalen Wahlen irgendeine Lösung vorliegt. Sie würde es auch unterstützen, wenn die Motion der SP in ein Postulat umgewandelt werden würde. Die FDP spricht sich für eine massvolle Plakatierung und eine Überweisung des Geschäfts an den Gemeinderat aus.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP erklärt, wie praktisch von allen Votanten bemerkt wurde, sei mit der Plakatierung in Abstimmungs- wie auch im Wahlkampf ein Mass überschritten worden. Die Bevölkerung nimmt die Plakate nicht mehr als gesuchte Zusatz- oder Hauptinformation wahr sondern als Ärgernis. Auf der Gemeindeverwaltung, und auch persönlich an den Gemeinderat gerichtet, treffen Schreiben von verschiedenen Bevölkerungsgruppen ein. Der Gemeinderat hat erkannt, dass er zu einer Handlung aufgefordert ist. Er hätte dem Parlament sehr gerne noch vor den kommunalen Wahlen eine allgemein verbindliche Grundlage präsentiert. Man hat sich intensive Gedanken darüber gemacht. Er geht davon aus, dass es den 7 Gemeinderäten und den 40 Einwohnerräten gleich gehe: Wenn man die Gelegenheit nicht hat, sich der Bevölkerung zeigen zu dürfen, damit diese weiss, wer hinter einem Namen steht, dann ist das eine gewisse Beeinträchtigung. Der Redner ist der Meinung, man sei sowohl bei Abstimmungen wie auch bei Wahlen noch nicht so weit, alles digital zu machen. Es braucht nach wie vor die Unterstützung des Konventionellen.

Der Gemeinderat hat in einem ersten Schritt mit Hilfe einer Karte der Gemeinde Binningen analysiert, wo man organisierte Plakatstellplätze bereitstellen könnte, sodass die Bevölkerung in ihrem Quartier die Information hat – geordnet und nicht wild. Danach wurde geschaut, wie dies sichergestellt werden kann. Als man die Firmen, welche im Bereich Plakatieren zu Hause sind, anfragte, welche Lösungen sie der Gemeinde empfehlen würden, haben alle geantwortet, es handle sich um ein Auslaufmodell. Die Art wie man heute zu einem äusserst günstigen Preis konventionell Plakate herstellen lässt, wird vielleicht noch kurzfristig leben, aber sich in Zukunft ändern. Der Gemeinderat erkannte, wenn man etwas machen möchte, um den Parteien auch inskünftig die Gelegenheit zu geben, ihre Abstimmungs- und Wahlinformationen der Bevölkerung geordnet zugänglich zu machen, dass zum Schluss mit einer Investition verbunden ist, dann sollte das auch zukunftsfähig sein. Momentan ist man daran, mit verschiedenen Firmen eine solche Lösung zusammenzutragen.

Zum Schluss braucht es nicht nur eine Zukunftslösung für die Parteien, sondern es braucht auch eine gesetzliche Regulierung, damit wild aufgehängte Plakate abgehängt werden können, ohne dass sich weitere Konsequenzen daraus ergeben. Dies seriös und sauber durchzuspielen und mit den Parteien zu besprechen, bevor man es dem Parlament vorlegt –, damit man auch spürt, dass die Parteien dahinter

stehen –, klappt zeitlich nicht. Daher möchte man sich nun mit den Parteien zusammensetzen, um mit ihnen für die Wahlen 2020 nach einer Lösung zu suchen. Das Gespräch soll im Oktober stattfinden. Der Gemeinderat ist den Anwesenden sehr dankbar für eine Überweisung des Postulats wie auch der Motion. Es unterstützt den Gemeinderat in seinen Bestrebungen, so rasch wie möglich eine Lösung zu finden, die auf der einen Seite die Information sicherstellt und auf der anderen Seite eine geordnete und auch gefreute Sache für die Bevölkerung und für Binningen ist.

Roman Oberli, SVP hat grösstes Verständnis für die Argumentation mit dem Plakatschungel. Er ist auch der Meinung, dass diesem Einhalt geboten werden sollte. Daher begrüsst er es, wenn in diese Richtung eine neue Lösung gesucht werden soll. Er findet es aber nicht richtig, die Plakate komplett zu verbieten. Man muss sich auf der Umkehrseite fragen, was die Konsequenzen für die Parteien sind, wenn sie neue Wege finden müssen, um ihre Kandidaten bekannt zu machen. Neue Wege sehen z.B. so aus, dass Flyer gedruckt oder Internetwerbung geschaltet werden muss. Internetwerbung kostet ganz massiv. Man kann aus einer Position, wie sie die SP hat, mit einem mehr als doppelt so grossen Wahlkampfbudget wie z.B. die SVP, locker auf den Plakatschungel verzichten. Die SVP findet, um die Kandidaten bekannt zu machen, darf es kein komplettes Verbot der Plakate geben.

Bettina Benthous, SP wollte kurz auf die angesprochene Frage bzgl. Motion resp. Postulat zu sprechen kommen. Wie gehört, begrüsst der Gemeinderat die Überweisung der Motion. Es braucht offensichtlich eine Gesetzesänderung in irgendeiner Form. Ohne Reglement wird es wahrscheinlich nicht gehen. Der Gemeinderat begrüsst das Reglement. Die Rednerin ist aber auch schon froh, wenn wenigstens das Postulat der CVP überwiesen wird. Sie möchte ihren Vorstoss nicht in ein Postulat umwandeln.

Marc Schinzel, FDP glaubt, alle Anwesenden haben den Handlungsbedarf erkannt. Er möchte noch einen Punkt zu bedenken geben. Es ist wirklich wichtig und der Gemeindepräsident hat dies auch gut ausgeführt, dass man sorgfältig ans Werk geht. Die Wildplakatierung ist ein Element. Es darf nicht vergessen werden, dass man nicht nur über Gemeindestrassen spricht. Es gibt Strassen, auf denen der Kanton die Hoheit hat und das Gemeindereglement wahrscheinlich gar nichts bewirken würde, sodass dort trotzdem Plakate hängen könnten. Zudem gibt es die APG-Plakate. Letztlich stellt sich immer auch die Frage, wie das Geld wo fliesst. Dies muss man aber nicht heute lösen. Die Wildplakatierung hat viele Nachteile, aber sie ist billig und ermöglicht gerade kleinen Parteien, die vielleicht kein APG-Plakat kaufen können, sich kenntlich zu machen. Daher ist es wichtig, sorgfältig an die Arbeit zu gehen.

ABSTIMMUNG

Überweisung Motion: 20 JA / 18 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 07)

Überweisung Postulat: 36 JA / 1 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 08)

BESCHLUSS

://: 1. Die Motion 135 der SP wird an den Gemeinderat überwiesen.

://: 2. Das Postulat 137 der CVP wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 7

Nr. 143

Motion D. Zimmermann, FDP: Eine effiziente Verwaltung mit einer schlanken Regierung

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Daniel Zimmermann, FDP bedankt sich beim Gemeinderat für die positive Aufnahme. Der Gemeinderat hat das politische Gedankengut der Motion erkannt und möchte die Fragestellung, wie der Redner aus den Äusserungen entnimmt, im Zusammenhang mit der Gesamtrevision der Gemeindeordnung aufnehmen. Der Motionär musste in der zeitlichen Vorgabe, die er im Vorstoss verlangte, einsehen, dass dies auf der Zeitachse sehr ehrgeizig wäre. Auch in Zusammenhang mit den bevorstehenden kommunalen Wahlen würde es wahrscheinlich kaum Sinn machen, hier auf der Zeitachse etwas durchzudrücken. Der Gemeinderat hat dies sehr klar erläutert und sagt in seinem Bericht, er sei nicht abgeneigt, das Gedankengut im Rahmen der Gesamtrevision in der nächsten Legislatur aufzunehmen. Als Motionär möchte der Redner gemäss Geschäftsordnung des Einwohnerrats, die Motion in ein Postulat umwandeln und den Gemeinderat bitten, zu prüfen, ob es Möglichkeiten gibt für die nächste Legislatur.

Vizepräsident Philippe Spitz, SP fragt beim Motionär bzgl. seines Antrags nach. Dort heisst es: «Der Motionär wandelt seine Motion in ein Postulat um und bedankt sich beim Gemeinderat für die Prüfung in der nächsten Legislatur ab Sommer 2019.». Hier müsste es wahrscheinlich ab Sommer 2020 heissen. Die Prüfung soll aber in dieser Legislatur durchgeführt werden, richtig? Es ist nicht zulässig vorzuschreiben, dass etwas erst in der nächsten Legislatur behandelt wird. Er bittet um eine Präzisierung zuhanden des Protokolls.

Daniel Zimmermann, FDP erklärt, es handle sich um einen Schreibfehler. Es betrifft das Jahr 2020. Letztlich geht der Gemeinderat in seiner Stellungnahme ebenfalls davon aus, dass er es erst in der nächsten Legislatur bringen kann. So wurde der Antrag formuliert.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP informiert, der Gemeinderat habe das Thema bereits im Rahmen der letzten Spar- und Haushaltsoptimierungsüberlegungen auf dem Tisch gehabt. Im Rahmen von HÜP II wurde dargelegt, was dies finanziell bedeutet. Zudem zeigte der Gemeinderat mit einigen Stichworten auf, was dies für weitergehende Auswirkungen haben könnte. Grundsätzlich ist es natürlich verlockend. Je kleiner das politische Regierungsgremium ist, desto mehr Arbeit und desto mehr muss man sich die Frage stellen: Bin ich noch im strategischen oder bin ich im operativen Bereich? Mit zunehmender Arbeit wird man automatisch gezwungen, auch die entsprechenden Grenzen klar zu ziehen. Es ist immer die Gefahr bei einer Regierung, dass man zwischen den Fragen: «Was wollen wir?» und «Wie wollen wir es?» differenzieren muss. Es kann daher tatsächlich zu einer neuen Zukunftsperspektive werden.

Auf der anderen Seite hat sich der Gemeinderat in seinen Diskussionen auch die Frage gestellt, was dies für die Parteien heisst. Es gibt heute mit 7 Mitgliedern doch eher die Gelegenheit, dass auch Vertreter kleinerer Parteien Mitglied des Gemeinderats werden können. Man kann natürlich sagen, wenn eine Person die Bevölkerung überzeugen kann, ist die Parteizugehörigkeit vielleicht nicht ganz so ausschlaggebend. Aber der Redner ist der Ansicht, man müsse das trotzdem im Auge behalten. Der dritte Punkt ist, dass nur mit der Reduktion des Gemeinderats noch nichts erreicht ist. Der Motionär hat dies mit einer effizienten Verwaltung bezeichnet. Das heisst man muss sich gewisse Fragen stellen, um diese Effizienz zu erreichen. Soll man gewisse Kompetenzen, die heute vielleicht beim Gemeinderat angeordnet sind, eher der Verwaltung übertragen und sagen, sie soll dies direkt abwickeln? Dazu muss man sich in Ruhe Gedanken machen und benötigt zum Schluss einen Entscheid des Volks, da die Regelung in der Gemeindeordnung enthalten ist. Daher hat der Gemeinderat den Vorschlag gemacht, dass er dies gerne in Ruhe anschaut und v.a. zeitlich so in den Rat bringt, dass man in der nächsten Legislatur im Parlament die Beratung führen kann, rechtzeitig auf Ende der Legislatur – falls es so sein soll – die Meinung der Bevölkerung abholt und es dann auf die übernächste Legislatur im Jahr 2024 zur Anwendung bringt.

Karl J. Heim, CVP findet das Anliegen des Motionärs berechtigt. Schlankere und effizientere Prozesse sind mit Blick auf die Privatwirtschaft immer gut. Die CVP hat jedoch Bedenken, da die Verwaltung doch etwas nuancierter und anders funktioniert. Es stellen sich daher folgende Fragen: Ist eine stark verbreit-

terte Arbeitslast mit einem schlankeren Gemeinderat und mit neuen, gewichtigen Dossiers für die einzelnen Gemeinderäte in Milizfunktion noch zu stemmen? Hier hat die Fraktion Zweifel. Nicht zuletzt wäre natürlich einer adäquaten Vertretung von kleineren aber nicht minder wichtigen Parteien in der Exekutive ziemlich sicher ein Riegel geschoben. Das möchte die CVP nicht und wird den Vorstoss daher nicht überweisen.

Karin Müller, SP stellt fest, auch die SP sei der Meinung, der Vorstoss, egal ob Motion oder Postulat, gehe in eine falsche Richtung. Sie unterstützt das Votum des Gemeindepräsidenten. Die Chance, dass kleinere Parteien in einem 5er Gremium des Gemeinderats nicht mehr vertreten sind, ist relativ gross. Aus Sicht der Fraktion geht es grundsätzlich um die Partizipation an der Macht. Sie möchte in diesem Zusammenhang auf den Antrag auf Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats hinweisen, wo es nicht nur in der Exekutive sondern auch in der Legislative darum geht, dass in den Kommissionen möglichst alle Parteien vertreten sind. Ausserdem würde eine Verkleinerung des Gemeinderats nicht heissen, dass auch die Arbeit kleiner wird. Das würde wahrscheinlich zu einem Ausbau der Verwaltung führen. Das fände die SP nicht effizienter und auch nicht wahnsinnig sinnvoll.

Karin Glaser, Grüne teilt mit, es sei sicher wünschenswert, wenn die Kernaufgaben des Gemeinderats und vielleicht auch der ganzen Gemeindeverwaltung einmal überdenkt und analysiert werden würden. Aber den Gemeinderat mit den steigenden Aufgaben noch zu verkleinern, ist sicher der falsche Ansatz und nicht die Lösung. Angesehen davon: Wie würde das Parteienverhältnis mit 5 Gemeinderäten aussehen? Die Grünen sehen keinen Handlungsbedarf und werden den Vorstoss nicht überweisen.

Jürg Blaser, SVP ist namens der SVP der Meinung, man solle die Motion in ein Postulat umwandeln und an den Gemeinderat überweisen.

Daniel Zimmermann, FDP macht klar, letztlich habe der Gemeinderat den Ball aufgenommen. Er ist bereit, sich im Rahmen der Totalrevision der Gemeindeordnung über solche Fragen Gedanken zu machen. Mit der Umwandlung in ein Postulat geht es nur darum, zu prüfen und zu klären. Er ist der Ansicht, das Parlament sollte den Gemeinderat in seinem politischen Auftrag stärken und ihm die Möglichkeit geben, diese Auslegeordnung zu machen. Er hat nur Wertungen gehört. Es geht nicht um eine Wertung. Es geht darum, die Sache anzuschauen und dem Rat vorzulegen. Prüfen und berichten.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 19 JA / 18 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 09)

Brigitte Strondl, SP stellt den Antrag auf Wiederholung der Abstimmung.

Wiederholung der Abstimmung: 21 JA / 14 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 10)
Das Zweidrittelmehr wurde nicht erreicht, daher wird die Abstimmung nicht wiederholt.

BESCHLUSS

://: Der Motionär wandelt den Vorstoss in ein Postulat um. Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Sven Inäbnit, FDP spricht namens der FDP dem Gemeinderat seinen Dank für die Unterstützung der Petition aus. Als er das Geschäft las, hat er sich noch fast mehr gefreut. Dort heisst es: «Der Gemeinderat hat die Forderung der Petenten bereits umgesetzt.». Wäre dies der Fall, würden die Anwesenden vor Freude in die Luft springen. Die Petenten wollen eine Nachtflugsperrung etc. Wahrscheinlich meint der Gemeinderat, die Forderung der Postulanten sei bereits umgesetzt worden. Das ist tatsächlich der Fall. Die Petition wurde aufgeschaltet. Die Fraktion möchte Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti persönlich danken, dass sie sich für eine Verlängerung der Petitionsfrist und eine erneute Publikation eingesetzt und dies mit Allschwil koordiniert hat. Es ist extrem wichtig, dass der Druck zum Thema Fluglärm von den Gemeinden aus dem Leimental aufrechterhalten wird. Aufgrund seiner Erfahrung im Landrat weiss der Redner, dass es weite Kreise in Baselland gibt, denen das ziemlich egal ist. Nur wenn die Gemeinden, nicht nur von einzelnen Exponenten aus sondern als gemeinsame Aufgabe, das Fluglärmthema ganz klar thematisieren und zeigen, wie wichtig das ist, wird man Bewegung in die Sache bekommen.

Wenn er den Bericht der Fluglärmkommission aus dem Jahr 2018 anschaut, in welchem steht, dass man bei den Südanflügen wieder auf 11 anstatt auf 10 Prozent war, dass bei den Nachtstunden von 23 bis 24 Uhr die Flüge wieder zugenommen haben und in den Morgenstunden von 5 bis 6 Uhr ebenfalls auf 1600 Flüge – d.h. all Viertelstunde gibt es einen solchen An- oder Abflug – und dass auch wieder vermehrt Südstarts durchgeführt wurden, dann muss man aus den Gemeinden Zeichen setzen. Daher ist die FDP froh, wenn das Postulat überwiesen wird. Es kann auch als erledigt abgeschrieben werden. Der Dank geht nochmals an die zuständigen Gremien, die dies speditiv umgesetzt haben ohne dass man auf die Überweisung des Postulats im Rat warten musste. Die Fraktion wird beiden Anträgen zustimmen. Das Thema ist aber nicht erledigt. Das ist klar. Da sind sich wahrscheinlich alle Anwesenden einig.

Ralph Büchelin, SP ist sehr einig mit seinem Vorredner, dass die Gemeinde den Druck aufrechterhalten muss. Er ist der Ansicht, diesbezüglich herrsche quer durch die Parteien grosse Einigkeit. Die Gemeinde Allschwil hat im Mai eine Petition gegen den Fluglärm lanciert. Die Hauptforderung ist die Ausdehnung der Nachtflugsperrung von 23 bis 6 Uhr. Aktuell beträgt die Nachtflugsperrung nur 5 Stunden von 24 bis 5 Uhr. Ursprünglich hätte die Petition Ende Juli enden sollen. Wegen grosser Nachfrage wurde die Frist aber bis August verlängert. Binningen hat die Petition mit der Aufschaltung auf der Webseite und Inseraten im Binniger Anzeiger unterstützt. An dieser Stelle bedankt sich der Redner bei Eva-Maria Bonetti. Die SP wird für die Überweisung und Abschreibung des vorliegenden Postulats stimmen.

Karl J. Heim, CVP signalisiert, die CVP folge der Argumentation des Gemeinderats. Sie möchte das Postulat überweisen und abschreiben.

Urs Brunner, SVP teilt mit, auch die SVP stimme für Überweisen und Abschreiben des Vorstosses.

Luzia Sutter Rehmann, Grüne äussert, die Grünen unterstützen das interfraktionelle Postulat ebenfalls und sprechen sich für eine Überweisung und Abschreibung aus.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP informiert, in den nächsten Tagen sollte die Rückmeldung von Allschwil zur genauen Anzahl eingegangener Unterschriften eintreffen. Sie nimmt an, dass dies dann sicherlich in der Presse aufgeschaltet wird. Die Gemeinde wird das Thema auch aufnehmen und die Anwesenden, sobald die Zahlen vorliegen, informieren.

ABSTIMMUNG

Überweisung: Einstimmig JA (Abstimmung 11)

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat überweist das interfraktionelle Postulat an den Gemeinderat.

://: 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP möchte sich ganz herzlich für die Zustimmung zum Handeln des Gemeinderats bedanken. Er ist insofern froh über die Voten, hätte der Gemeinderat hier nicht die Meinung kundgetan, dann hätte man bzgl. des vorherigen Vorstosses, dass künftig der Einwohnerrat über Komitees und derartige Aktionen entscheidet, den Zeitpunkt verpasst. Daher herzlichen Dank.

Traktandum 9

Nr. 157

G. Löhr, SP: Antrag auf Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Gaida Löhr, SP erinnert an die seltsame Sitzung vor ca. einem Viertel Jahr. Damals hat der Rat nach vielen Diskussionen und einer Auszeit, bei einem sehr wichtigen Geschäft – es ging um die Versorgungsregion der APHs – beschlossen, eine Mini-Spezko mit 5 Mitgliedern zu bestellen. Zudem wurde beschlossen, dass die CVP und die Grünen nicht dabei sein sollen. Die Votantin schämt sich bis heute für diesen Entscheid und findet, das dürfe es nicht mehr geben. Aus diesem Grund findet sie, das Reglement sollte so geändert werden, dass dies festgehalten wird. Das ist keine grosse Sache. Es ist eine schöne Schweizer Tradition, dass in einer Demokratie die Minderheiten mitgenommen und nicht ausgegrenzt werden. In diesem Sinn möchte die Rednerin die Anwesenden bitten, das Büro zu beauftragen den Satz aufzunehmen, dass von jetzt an darauf geachtet wird, dass alle Fraktionen in einer Spezko vertreten sind.

Sven Inäbnit, FDP legt dar, im vorherigen Geschäft habe man eine Einmütigkeit demonstrieren können. Er glaubt, dies werde bei diesem Geschäft leider nicht so sein. Die FDP lehnt eine Überweisung ab. Es tut ihm sehr leid, wenn sich seine Vorrednerin schämen musste. Fremdschämen ist auch für seine Fraktion teilweise ein Stichwort hier, wenn es um andere Sachen geht. Aber es besteht in diesem Fall überhaupt kein Grund, sich zu schämen. Wieso lehnt die FDP den Antrag ab? § 15 ist aus ihrer Sicht eigentlich genügend. Die Geschäftsordnung schreibt dort vor, dass bei der Bestellung der Kommissionen oder Organe die Grösse der Fraktionen zu berücksichtigen ist. Weiter schreibt die Geschäftsordnung vor, dass es diverse Kommissionsgrössen gibt. Bei einer 5er Kommission ist die Berücksichtigung der Grösse der Fraktionen schlichtweg nicht möglich. Es gibt 5 Fraktionen im Einwohnerrat. Es gäbe also einfach 5mal eine Person und dies beinhaltet keine Berücksichtigung der Fraktionsgrössen. Der Votant fragt sich, wie die Zusammensetzung einer 5er Kommission aussehen würde, wenn man plötzlich 6 oder 7 Fraktionen im Rat hätte. Das ist nicht auszuschliessen.

Es geht nicht um eine Aushebelung der Demokratie sondern um eine klare Abbildung der Demokratie. In konkreten Fall, welcher der Auslöser für den vorliegenden Antrag war, gilt es festzuhalten, dass man ganz bewusst eine kleine Kommission wollte, da man wusste, dass die Kommission mit der Kommission von Allschwil und Schönenbuch zusammensitzen muss und dass es auch darum geht, die Ressourcen auf ein vernünftiges, effizientes Niveau beschränken zu können. Es war also sicher keine Demonstration

gegen die Demokratie, sondern letztendlich einfach ein Ausführen dessen, was in der Geschäftsordnung steht. Die FDP ist der Meinung, dass dies auch in Zukunft so Bestand haben sollte. Die Fraktion lehnt den Antrag daher ab und möchte die Geschäftsordnung nicht ändern.

Beatrice Büscheln, Grüne erklärt, wenn der Rat entscheide, die kleinste Kommission zu wählen – also eine 5er Spezko –, wählt er auch die günstigste Variante und erwartet trotzdem eine ausgewogene und vor allem breit abgestützte Information resp. Bericht über das entsprechende Geschäft. In diesem Fall kann es für die Zusammensetzung einer solch kleinen Kommission wichtiger sein, welche Kompetenzen und welches Wissen die Milizpolitiker mitbringen und dass dann auch alle Fraktionen den gleichen Wissensstand haben wie in einem Proporz. Man möchte in den Geschäften weiterkommen und für die ganze Gemeinde eine gute Lösung finden. Der Ausschluss von Minderheiten in der kleinsten Kommission ist dabei nicht hilfreich, genauso wenig wie persönliche Animositäten. Es müssen Lösungen gefunden werden. Das macht die direkte Demokratie aus. Die Votantin dankt Christoph Maier für seine Steilvorlage im Geschäft 130. Sachlichkeit, Verhältnismässigkeit, Transparenz. Das gilt auch für ihr politisches Verständnis. Damit solche willkürlichen Entscheide bei einer Wahl der kleinsten Kommissionsgrösse nicht mehr vorkommen, befürworten die Grünen auch im Sinne einer effizienten Geschäftsberatung den Antrag, § 15 Abs. 3 der Geschäftsordnung wie vorgeschlagen zu ergänzen.

Roman Oberli, SVP hat eine Frage an Gaida Löhr. Sie sagte, sie würde sich schämen. Schämt sie sich vielleicht über das Verhalten der eigenen Fraktion? Schliesslich muss man sich fragen, wie es zu diesem Geschäft kam. Die SP hat im Gegensatz zur SVP, die Hand geboten hat für eine Spezko mit allen Parteien, bei der letzten Kommissionsbildung taktiert, sich dabei verpokert und damit der CVP und den Grünen den Einsitz verwehrt. Nun versucht die Fraktion u.a. mit dem vorliegenden Vorstoss, die Scherben aufzuwischen. Die SVP ist nicht bereit, die Fehler auszubaden, die die SP mit ihren Machtspielen verursacht hat und lehnt das Geschäft daher ab.

Stephan Appenzeller, SP möchte etwas auf das Votum von Sven Inäbnit erwidern. Er erwähnte, dass bei diesem konkreten Fall bewusst eine 5er Kommission gewählt wurde, um im Vergleich zu Allschwil und Schönenbuch ein vernünftiges Gesamtbild zu erreichen. Der Redner weist darauf hin, dass Allschwil für dieses Geschäft eine ständige 7er Kommission hat, die gesundheitspolitische Fragen behandelt. Er weiss nicht, wie es sein wird, wenn die Kommissionen zusammenkommen. Binningen ist dann zumindest zahlenmässig in die Minderheit gesetzt. Vielleicht wird das nicht zum Nachteil Binningens. Er möchte aber dennoch festhalten, dass Allschwil hier anders politisiert und bei diesem Geschäft für eine ausgewogenere Vertretung votiert hat. Der Votant bedauert es ausserordentlich, dass man in Binningen diese Grösse nicht aufbrachte. Für ihn handelte es sich an besagter Sitzung um eine Machtdemonstration der bürgerlichen Seite. Man wollte gewisse Personen nicht. Das ist für ihn kein politischer Stil, den er befürwortet, daher unterstützt er den Antrag von Gaida Löhr.

Thomas Hafner, CVP lässt die Geschichte bewusst ruhen. Er möchte nach vorne schauen. Die CVP bedankt sich bei Gaida Löhr und begrüsst den Antrag auf Ergänzung der Geschäftsordnung. Die Änderung ermöglicht es, dass auch kleine Parteien ihre Impulse, Meinungen aber auch ihre Erfahrungen in die Kommissionen tragen können. Die Gegner der Idee sollen wissen, dass die Änderung die Kräfteverhältnisse bei einer Abstimmung in der Kommission schlussendlich überhaupt nicht verändert. Somit kann man dem Antrag ohne weiteres zustimmen. Mit der Gewährleistung, dass unterschiedliche Ideen und Erfahrungen aller Parteien in eine Kommission einfließen können, verbessert sich in der Regel die Qualität zukünftiger Kommissionsarbeiten und sicher auch die Akzeptanz der Beschlüsse. Die CVP stimmt dem Antrag selbstverständlich zu.

Peter Heiz, FDP möchte sich gegen zwei Bemerkungen wehren, die vorher hier gefallen sind. Die erste war das Thema Machtdemonstration. Und das zweite, und das ist noch viel schlimmer, ist die Aussage der Grünen, es sei willkürlich vorgegangen worden. Es war weder eine Machtdemonstration, noch ist die Zusammensetzung der Kommission willkürlich zustande gekommen. Im Gegenteil. Es war ein völlig

demokratisches und legales Vorgehen, das zur Zusammensetzung dieser Kommission geführt hat. Daher kann der Redner den Antrag nicht unterstützen.

Gaida Löhr, SP weiss in Bezug auf die Frage von Roman Oberli nicht, ob sie sich speziell für sich selbst oder für das Verhalten der SP schämt. Zumindest findet sie nicht gut, was abgelaufen ist. Sie stellt nun fest, dass man dies auf Seiten der Bürgerlichen nicht so empfindet. Das heisst, ob man sich verspekuliert hat oder ob es Machtdemonstrationen waren – Sie ist eigentlich nicht der Meinung, dass es eine Machtdemonstration ihrer Fraktion war. Die SP war einfach der Meinung, es gebe eine 7er Kommission. –, es gab lange Diskussionen, bevor man sich entschieden hat. Dass man hinterher nicht zumindest feststellt, dass dies nicht gut abgelaufen ist, findet sie schade. Sie wäre froh, wenn man auch ohne ihrem Antrag zu folgen zumindest zur Kenntnis nimmt, dass es keine gute Idee war eine 5er Kommission zu bestellen, in der 2 Fraktionen nicht vertreten sind. Die Votantin wäre den Anwesenden sehr dankbar, sie würden versuchen über ihren Schatten zu springen und zu verhindern, dass dies nochmals vorkommt. Das ist das Ziel des Ganzen. Wer Fehler gemacht hat ist egal. Wichtig ist ihr, dass es nicht nochmals passiert.

Beatrice Büschlen, Grüne entgegnet an die Adresse von Peter Heiz, er habe nicht richtig zugehört. Dabei hat sie sich eine solche Mühe gegeben langsam zu sprechen, was sonst gar nicht ihre Art ist. Sie hat den willkürlichen Entscheid auf die Kommissionsgrösse bezogen und nicht auf die Zusammensetzung.

ABSTIMMUNG

19 JA / 19 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 13)

Stichentscheid der Präsidentin gegen den Antrag auf Ergänzung der Geschäftsordnung.

BESCHLUSS

://: Der Antrag auf Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats wird abgelehnt.

Traktandum 10

Nr. 16

Postulat B. Strondl, SP: Erschliessung des Bruderholz in Binningen mit dem öffentlichen Verkehr

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Brigitte Strondl, SP erläutert, eines ihrer politischen Ziele sei es, in Binningen den Autoverkehr der mit Benzin oder Diesel betriebenen Autos zu verringern und damit die Luftqualität zu verbessern und den Lärm zu reduzieren. Die im Bericht von Rudolf Keller und Partner gemachte Aussage, dass es wünschenswert wäre falls möglich ein umweltfreundliches Auto als Ruftaxi einzusetzen, bringt so gut wie gar nichts. Die Postulantin stellt sich vor, dass die Gemeinde anstelle eines Ortsbuses für den ganzen Ruftaxi-Betrieb ein umweltfreundliches Fahrzeug zur Verfügung stellt, in welchem auch bspw. ein Kinderwagen oder ein Rollator Platz haben. Die Gemeinde Binningen möchte doch umweltfreundlich sein und sollte eine Vorbildfunktion einnehmen. Ihrer Meinung nach sind zwei Nachmittage mit drei Stunden in der Woche zu wenig. Die Nutzung kann nur überprüft werden, wenn das Angebot auch besteht. Das bedeutet, dass das Angebot zuerst vergrössert werden sollte. Während der warmen Jahreszeit und im Winter könnte das Angebot angepasst werden. Also entweder grösser oder kleiner sein. Wie bei öffentlichen Verkehrsmitteln sollten nach Ansicht der Rednerin alle Personen das Angebot nutzen können. Sie könnte sich auch vorstellen, die Testphase auf ein Jahr zu beschränken. Es wäre sehr wichtig, dass die

Anwohnerinnen und Anwohner der Gemeinde gut über das neue Angebot informiert werden. Denn nur wenn sie davon Kenntnis haben, werden sie das Angebot nutzen. Die Votantin ist enttäuscht, dass die Antwort auf ihr Postulat nicht kreativer ausgefallen ist als nur eine kleine Ausdehnung des Ruftaxibetriebs, die schon in einem Workshop im Jahr 2010 diskutiert wurde. Sie möchte deshalb, dass die Antwort zurück an den Absender geht und das Ganze nochmals überdenkt wird.

Luzia Sutter Rehmann, Grüne dankt dem Gemeinderat für die Abklärungen rund um die Erschliessung des Binninger Bruderholz. Es ist nicht das erste Mal, dass dieses Thema auf dem Tapet ist. Und doch entspricht das vorgeschlagene Ruftaxi nach Meinung der Grünen keineswegs einer Erschliessung des Binninger Bruderholz. Der Bericht des Gemeinderats basiert auf einer Verkehrsstudie aus dem Jahr 2011. Es gibt viele Links, die noch viel älter sind. Die Studien wurden alle gemacht, als man die Klimakatastrophe noch nicht beim Namen nannte und die Sorgen herunterzuspielen versuchte. Wenn in der Studie von Leuten mit eingeschränktem Mobilitätsverhalten die Rede ist, dann sind das Alte, Kranke, Kinder und Mütter mit Kindern. Um diese Leute dazu zu bringen, ihr Auto zu Hause zu lassen, braucht es – wie man immer hört – Anreize. Der ÖV wäre ein Anreiz. Je besser man ohne Auto einkaufen und sich fortbewegen kann, desto besser für die Quartierstrassen und für alle Bewohner und Bewohnerinnen.

Die Siedlungsgebiete in Binningen gelten in der Studie als gut erschlossen, wenn die Luftliniendistanz zum nächsten Tram und Bus 350m beträgt. Man wird Binningen aber nicht mit Luftliniendistanzen gerecht. Hier lebt man auf Hügeln. Wer bspw. von der Margarethenstrasse zum Einkaufen ins Dorf geht, kommt auf dem Rückweg sehr ausser Atem. Das hat nichts mit behindert und eingeschränkt zu tun, sondern wahrscheinlich mit dem Einkaufswagen, den man hinter sich her zieht. Die Nachbarin der Votantin hat zudem einen Rollator und Herz-/Kreislaufprobleme. Wie sie zum Einkaufen gehen soll, weiss die Rednerin nicht. Es ist die Rede von einem Linienbus, der sehr viel kostet. 350 000 Franken. Aus den Unterlagen ist aber nicht ersichtlich, was für eine Streckenführung, welcher Takt (alle 30min, Stunde oder zwei Stunden) und welche Fahrzeuggrösse hier zu Grunde liegt. Wovon wird ausgegangen? Die Fraktion könnte sich kleinere und sparsamere Varianten vorstellen als einen Linienbus und doch mehr und attraktiveres als ein Ruftaxi. In diesem Sinn spricht sie sich für das Überdenken resp. die Rückweisung des Berichts aus.

Urs Brunner, SVP macht klar, seine Fraktion habe die verschiedenen Angebotsformen Bus, Mitfahrer-börse und Ruftaxi diskutiert und die Vor- und Nachteile gegeneinander abgewogen. Für die SVP kommt nur das Ruftaxiangebot in Frage. Es weist ein akzeptables Kosten-Nutzen-Verhältnis auf. Zudem ist der Ruftaxibetrieb in Binningen bestens bekannt. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats, fordert aber nach einem Jahr einen Zwischenbericht an den Einwohnerrat. Der Antrag lautet: «Der Gemeinderat wird aufgefordert, dem Einwohnerrat nach einem Jahr Probetrieb einen Zwischenbericht vorzulegen. Folgende Punkte müssen in diesem Bericht enthalten sein: Anzahl Fahrten, Kosten inkl. Werbung und Verwaltungsaufwand und Feedback der Nutzer.».

Daniel Setz, FDP führt aus, es habe bereits verschiedene Versuche gegeben, wie im Text erwähnt z.B. von der Kirche. Die Versuche wurden gestartet, mussten aber wieder abgebrochen werden, da am Ende gar kein Bedarf bestand. Die FDP ist sich daher nicht sicher, ob wirklich der Bedarf einer Verbindung zum Friedhof und Umgebung existiert und ob sich ein derartiger Aufwand – es sind doch 20 000 Franken im Jahr – überhaupt rechtfertigt. Trotzdem ist die Fraktion der Ansicht, dass der Gemeinderat dies in einer Versuchsphase einleiten und den wirklichen Bedarf in Binningen ein für alle Mal prüfen und klären soll. Die FDP stellt aber noch zwei Zusatzanträge. Im ersten Antrag möchte sie eine Revision und einen Bericht des Ruftaxiangebots nach 12 Monaten. Der zweite Antrag lautet: «Falls es weniger als 200 Fahrten pro Jahr gibt – hier redet man von 100 Franken Kosten pro Fahrt –, muss das Angebot sofort eingestellt werden, um nicht noch zusätzliche Kosten auflaufen zu lassen.».

Karl J. Heim, CVP konstatiert, die Postulantin treffe einen wunden Punkt. Sowohl aus Sicht der zweckmässigen Erschliessung sämtlicher Gebiete der Stadt Binningen durch den ÖV als auch in umweltpoliti-

scher Hinsicht. Der Votant ist der Ansicht, den ÖV müsse man fördern. Es muss etwas passieren. Die Argumentation des Gemeinderats gestützt auf das Gutachten, welches er in Auftrag geben liess, hat die CVP überzeugt. Sie unterstützt daher den Ausbau des Ruftaxiangebots, welches verhältnismässig günstig ist, im Sinne eines zweijährigen Probetriebs.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP ist sich bewusst, dass der Vorschlag nicht bei allen auf wahnsinnig grosse Gegenliebe gestossen sei. Das Problem ist tatsächlich, dass eine ÖV-Erschliessung auf dem Bruderholz viel Geld kosten würde. 350 000 Franken. Man hat dies vor Jahren einmal abgeklärt. Auch wenn es heute etwas billiger wäre, was offen ist, dann ist man immer noch bei einem hohen Betrag. Sie hat gewisse Zweifel, ob die Begeisterung dies einzuführen so gross wäre, wenn man das Preisschild dazu kennen würde. Der Gemeinderat versuchte einen pragmatischen Weg zu finden, um die Fahrten auf das Bruderholz zu ermöglichen. Wenn die Anwesenden dem Vorschlag zustimmen, wird es so getestet. Wenn das Geschäft zurückgewiesen wird, wird der Gemeinderat gerne die Variante mit einem anderen Preisschild unterbreiten.

Gaida Löhr, SP stellt fest, es werde einerseits von einer Erschliessung des Bruderholz geredet und andererseits nur noch vom Friedhof. Bei der Fahrberechtigung überlegt sich der Gemeinderat sogar, ob er diese einschränken soll, damit das Angebot wirklich nur von Personen genutzt wird, die zum Friedhof möchten. Brigitte Stondl hat deutlich gesagt, dass es nicht nur um den Friedhof gehe. Es geht z.B. auch ums Sonnenbad. Hier meint der Gemeinderat, das Angebot könnte ausgenutzt werden und eigentlich sollte man gar nicht zum Sonnenbad fahren. Es wäre aber Inhalt des Postulats. Sie hat das Gefühl, dass der Gemeinderat alles macht, damit es nicht rentiert dort hoch zu fahren, indem alles ausgegrenzt wird, was auch attraktiv wäre. Es ist ein Naherholungsquartier. Es hat Familiengärten. Es gibt Leute, die dort wohnen, einen Friedhof und eine Kirche. All das zusammen wäre relativ viel. Ein Teil der Betroffenen kann nicht gut mit dem Taxi fahren. Kinderwagen sind relativ mühsam, Rollatoren ebenfalls. Ein Kleinbus wäre durchaus sinnvoller. Die Rednerin möchte eine Antwort auf die Frage, weshalb man das Bruderholz plötzlich auf den Friedhof reduziert.

Bettina Benthous, SP gesteht, bis sie sich für den ÖV einsetze, brauche es einiges. Sie fährt mit dem Velo aufs Bruderholz und hofft, dass sie dies noch lange tun kann. Aber mit einem Rollator oder als junge Frau mit einem Kinderwagen würde sie nicht in ein Ruftaxi einsteigen. Sie ist der Meinung, es müsste etwas bereit stehen, wo man einfach einsteigen und losfahren kann. Das Telefon zur Hand zu nehmen und sich ein Taxi zu rufen, auch wenn es nur den Preis eines ÖV kostet, ist ein solcher Aufwand. Sie würde das nicht machen. Wenn nach einem Jahr geprüft wird, wie viele Personen das Angebot genutzt haben, dann ist das Projekt zum Scheitern verurteilt und es bleibt so, wie es jetzt schon immer war. Bevor man nicht eine Lösung hat, bei der man unkompliziert einsteigen und in all die erwähnten Institutionen auf dem Bruderholz fahren kann, kann die Nutzung nicht geprüft werden. Wenn man einen regelmässig fahrenden, kleinen Bus bereitstellt, kann man dies tun. Wenn das Ganze noch umweltfreundlich ist, umso besser. Dass diese Seite Binningens irgendwie mit dem ÖV erschlossen sein muss, steht für die Rednerin ausser Frage. Man sah es auf der anderen Seite. Seit der Bus fährt, wird er rege genutzt.

Stephan Appenzeller, SP war ebenfalls enttäuscht vom Bericht des Gemeinderats, auch wenn er die geleistete Arbeit verdanken möchte. Er hat den Eindruck, man habe es sich einfach gemacht. Dem Beratungsbüro, welches schon in den Jahren 2010/11 einen Bericht erstellt hat, wurde der Auftrag gegeben, den Bericht – etwas salopp ausgedrückt – abzuschreiben. Kein Wunder kam man zu den gleichen Erkenntnissen wie damals. Seit 2011 hat sich die Welt des öffentlichen Verkehrs allerdings ziemlich bewegt und es ist auch momentan viel in Bewegung. Es gibt neue Mobilitätsformen, die im Übergangsbereich zwischen Kleinbus, Taxi und Individualverkehr positioniert sind, für Gebiete, in denen man keine derart hohe Nachfrage hat wie in dicht bevölkerten städtischen Quartieren. Er denkt hier z.B. an on-demand Angebote, die die Firma Postauto unter dem Namen «Kolibri» im Raum Brugg im Angebot hat. Es ist ein Kleinbus in Planung – ein grosses Ruftaxi oder ein kleiner Kleinbus –, den man über eine App bestellt kann, der sehr viel flexibler ist und die heutigen Bedürfnisse abdeckt.

Es gibt auch hoch interessante Versuche, die vielleicht aber noch ein paar Jahre brauchen, mit selbstfahrenden Fahrzeugen, die in der Schweiz in verschiedenen Städten im Angebot sind. Der Kanton Schaffhausen hat etwas, das sehr ähnlich wäre wie der Margarethenhügel, zur Anbindung des Rheinfalls. Dort liegt eine Steilstrecke dazwischen. Es gibt spannende Sachen. Der Redner bedauert es sehr, dass man den Horizont nicht etwas erweitert und geschaut hat, was es noch gibt. Man hätte auch mit Anbietern sprechen können, um die Frage, was für Binningen geeignet wäre, zu klären. Sein Appell lautet daher, den Bericht nochmals an den Gemeinderat zurückzugeben. Er ist der Meinung, man könnte etwas Besseres entwickeln für nicht sehr viel mehr Geld, bei dem man eine höhere Nachfrage hätte und wo man zum Schluss sagen könnte, man ist stolz, dass man es hat.

Beatrice Büschlen, Grüne äussert, die Grünen seien sehr irritiert über den Bericht des Verkehrsplaners. Auch ihre Fraktion hat das Gefühl, der Bericht wurde einfach abgeschrieben. Dabei ging vergessen, dass es gesetzliche Vorgaben bei kleinen Kindern gibt. Diese darf man nicht einfach in ein Taxi resp. Ruftaxi setzen. Es braucht Rückhaltevorrückungen. Je nach Grösse und Alter des Kindes sind diese unterschiedlich. Herr Hartmann hat der Votantin bestätigt, dass er 2 Sitzerhöhen für Kinder ab 4 resp. 5 Jahren hat. Für kleinere Kinder geht das nicht. Da müsste man es vorbestellen. Wie sie gelesen hat, muss auch das Billet zuerst auf der Gemeindeverwaltung abholt werden. Daher ist für die Rednerin klar, dass die Ruftaxi-Übung sicher nicht von Erfolg gekrönt sein wird. Sie hätte das Geld für den vorliegenden Bericht zurückverlangt, wenn der Verkehrsplaner nicht einmal die gesetzlichen Vorgaben kennt. Das Ganze hätte 800 Franken Busse und ein Monat Ausweisentzug für den Taxifahrer zur Folge.

Luzia Sutter Rehmann, Grüne dachte, als sie den Bericht gelesen hat, so etwas Kleinkariertes hätte sie in Binningen nicht erwartet. Vielleicht muss sie sich daran noch gewöhnen. 22 000 Franken kostet ein Ruftaxi. Man hofft 3000 Franken einzuspielen, von den Personen, die das Angebot vielleicht nutzen, wenn sie das Billet bei der Gemeinde abholen, anrufen und alles richtig machen. Es sind möglicherweise Personen mit IV- oder AHV-Rente, die auf den Friedhof möchten. Die Votantin ist der Ansicht, man könne nicht mehr Vorgaben machen, um zu erreichen, dass es nach 2 Jahren wirklich nicht funktioniert. Das hat es auch nicht in Bottmingen, Therwil und Oberwil. Dann braucht es den Probetrieb in diesen 2 Jahren auch nicht mehr. Man sieht bei anderen Gemeinden, es funktioniert nicht.

Thomas Hafner, CVP findet, man könne sich streiten. Im Moment gibt es kein Angebot. Es wurde bereits x-Mal thematisiert und zum Schluss kam nichts dabei raus. Er plädiert dafür, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und den Versuch zu wagen. Ob es etwas bringt oder nicht, wird man zum Schluss sehen. Von Seiten der FDP hat er gehört, dass es sicher kein Bedarf ist. Das kann sein. Er weiss aber von vielen älteren Personen, dass das Bedürfnis da wäre. Ob dies das Altersheim, die Kirche oder das Sonnenbad bei jüngeren Personen ist. Der Redner möchte den Versuch wagen und spricht sich für eine zweijährige Testphase aus. Einen Zwischenbericht nach einem Jahr kann er auch befürworten. Er bittet die Anwesenden, sich einen Ruck zu geben und es zu versuchen.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP hat das Geschäft extra nochmals durchgelesen und sieht darin nicht einmal das Wort «Friedhof». Es wird nur vom Bruderholz gesprochen. Es geht nicht darum, das Bruderholz auf den Friedhof zu beschränken. Das ist der eine Punkt. Andererseits ist die zuständige Gemeinderätin irritiert, wenn Bettina Benthous sagt, mit einem Rollator nutze man sicher nicht in ein Ruftaxi. Sie fragt sich, wie es die vielen älteren Personen machen, die ein Taxi nehmen. Es ist genau das Gleiche. Es ist einfach ein Taxi, welches man ruft. Es scheint ihr etwas weit hergeholt, dass dies nicht funktionieren sollte. Vielleicht noch kurz einige Worte zum Angebot «Kolibri». Das läuft in der Tat in der Gemeinde Brugg. 22 Ortschaften, 123 km². Die Testphase läuft Ende Oktober aus und die Verantwortlichen haben beschlossen, dass sie es nicht weiterführen, da es sich nicht wirtschaftlich betreiben lässt. Es ist nicht so, dass der Gemeinderat nicht andere Angebote angeschaut hätte, aber man muss auch die Verhältnisse hier berücksichtigen. Es sind weder 22 Ortschaften, noch geht es um 123 km². Es ist hier einfach alles sehr viel kleinräumiger. Wenn der Rat beschliesst, das Geschäft zurückzuweisen, wird der Gemeinderat nochmals alles prüfen. Wenn er beschliesst, das Angebot zu testen, wird dies so gemacht.

ABSTIMMUNG

Rückweisung an den Gemeinderat: 15 JA / 24 NEIN (Abstimmung 14)

GR-Antrag: 32 JA / 7 Enthaltungen (Abstimmung 15)

Die Präsidentin informiert, dass noch ein Antrag der SVP: «Der Gemeinderat wird aufgefordert, dem Einwohnerrat nach einem Jahr Probetrieb einen Zwischenbericht vorzulegen. Folgende Punkte müssen dabei berichtet werden: Anzahl Fahrten, Kosten inkl. Werbung und Verwaltungsaufwand und Feedback der Nutzer.» sowie zwei Anträge der FDP vorliegen: «Revision und Bericht des Ruftaxi-Angebots nach 12 Monaten.» und «Falls es weniger als 200 Fahrten pro Jahr gibt, muss das Angebot sofort eingestellt werden, um nicht zusätzliche Kosten auflaufen zu lassen.».

Daniel Setz, FDP zieht den Antrag der FDP auf einen Zwischenbericht nach einem Jahr zurück.

SVP-Antrag: 29 JA / 6 NEIN / 4 Enthaltungen (Abstimmung 16)

FDP-Antrag: 21 JA / 17 NEIN (Abstimmung 17)

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat heisst den Ausbau des Ruftaxi-Angebots für die Erschliessung des Bruderholz im Rahmen eines zweijährigen Probetriebs gut.
- ://: 2. Der Gemeinderat wird aufgefordert, dem Einwohnerrat nach einem Jahr Probetrieb einen Zwischenbericht vorzulegen. Folgende Punkte müssen dabei berichtet werden:
- Anzahl Fahrten
 - Kosten inkl. Werbung und Verwaltungsaufwand
 - Feedback der Nutzer.
- ://: 3. Falls es weniger als 200 Fahrten pro Jahr gibt, muss das Angebot sofort eingestellt werden, um nicht zusätzliche Kosten auflaufen zu lassen.
-

Traktandum 11 und 12

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Beantwortung der Anfragen

Anfrage D. Zimmermann, FDP: Parkierungssituation Höhenweg

Nr. 166

1. Wurden solche oder ähnlich aufwendige «Baustellen-Massnahmen» in den letzten 3 Jahren bereits schon mal gemacht?

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP: Nein, da andernorts nicht notwendig.

Falls nein, war das am Höhenweg eine spezielle Umsetzung wegen Reklamationen von Anwohnern?
Nein. Die Massnahme wurde im Rahmen einer Allmendbewilligung für die Baustelle Höhenweg 45 vorsorglich durch die Gemeinde festgelegt. Vorsorglich bzgl. Gewährleistung der Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden und Vermeidung von Sachschäden durch Lastfahrzeuge.

2. *War diese Massnahme vorgängig vom Gemeinderat offiziell abgesegnet worden oder handelte es sich um einen Entscheid der Bauverwaltung?*

Wie erwähnt wurde die Massnahme im Rahmen einer Allmendbewilligung erteilt. Dieses Bewilligungswesen hat der Gemeinderat an die Verwaltung delegiert. Bauplatzinstallationen auf Allmend, Aufhebung oder Verschiebung von Parkfeldern sind Standardfälle.

3. *Warum wurde diese bauliche Massnahme im Vorfeld von der Gemeinde für die direktbetroffenen Anwohner im Höhenweg nicht kommuniziert?*

Die Anwohner wurden mit Schreiben vom 31. August 2018 über die Baustelle und die erforderlichen temporären Massnahmen schriftlich informiert.

4. *Gibt es im Allmend- oder Polizeireglement eine Rechtsgrundlage für solche langfristigen, baulichen Umsetzungs-Massnahmen?*

Nein.

Falls nein, muss diese geschaffen werden?

Nein. Derartige Massnahmen werden durch die Fachpersonen der Verwaltung fallweise beurteilt und festgelegt mit 1. Priorität Sicherheit, 2. Priorität kurzzeitige kleinflächige Beanspruchungen der Allmend.

5. *Was für eine Meinung hat der Gemeinderat zur Tatsache, dass die Trottoirs durch diese Massnahme für gewisse Benutzergruppen nicht mehr richtig benutzt werden konnten?*

Durch die temporäre Baustelle wurde eine Situation geschaffen, welche eine optimale Benutzung des Strassenabschnitts für alle Verkehrsteilnehmenden nicht mehr ermöglicht. Dabei wurde die verträglichste Massnahme umgesetzt. Ausser den Beanstandungen durch den Anfragenden sind keine Rückmeldungen resp. Reklamationen bekannt.

6. *Was hat diese aufwendige bauliche Massnahme gekostet?*

Das weiss die Votantin nicht.

7. *Werden diese finanziellen Aufwendungen dem Bauherrn in Rechnung gestellt?*

Falls ja, wieviel?

Dazu kann die zuständige Gemeinderätin keine Auskunft geben, da der Bauherr dies selbst bezahlt hat.

8. *Wurde Hauseigentümern (Bsp. Höhenweg 23) für ihre eigenen baulichen Massnahmen (Pflanzentröge auf Besucherparkplätze, Überfahrschutz) eine finanzielle Entschädigung bezahlt?*

Falls ja, wieviel? Falls Nein, warum nicht?

Die Gemeinde weiss nichts von solchen Massnahmen. Sie hat keine Kenntnis und es hat auch niemand ein entsprechendes Gesuch gestellt.

Anfrage S. Inäbnit, FDP: Mobilfunkantennen-Bau an der Wassergrabenstrasse 21, Sporthalle Spiegelfeld

Nr. 168

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP möchte einleitend festhalten, dass der Bund die massgebenden gesetzlichen Grundlagen zu diesen Sendeanlagen von Mobilfunk festlegt. Die Bewilligungsbehörde für die Mobilfunkantennen ist der Kanton resp. das Bauinspektorat in Liestal.

1. *Wieso wurde die private Nachbarschaft in der Nähe der Sendeanlage in der Baupublikationsphase nicht mit einem Bauprofil in tatsächlicher Höhe des neuen Sendemastes informiert?*

Bei bestimmten Bauten ist es Aufgabe der Baubewilligungsbehörde, die Art der Profilierung festzulegen. Relevant sind diesbezüglich z.B. die Standsicherheit des Profils aber auch der Blitzschutz für das Gebäude. Die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen dazu finden sich in der Verordnung zum Raumplanungs- und Baugesetz § 88 Bauprofile. Die Grösse der Anlage konnte den veröffentlichten Plänen und Datenblätter entnommen werden.

2. *Wieso erfolgte der Ausbau zu 5G lediglich und unbemerkt als stille "Bagatelländerung", statt die Nachbarschaft aktiv transparent über diesen Schritt zu informieren, im Wissen um die Sensibilität der Bevölkerung gegenüber solchen Strahlungsquellen?*

Dem muss von Seiten der Gemeinde widersprochen werden. Da neben den technischen Anpassungen, in der Regel Bagatelländerungen, auch bauliche Veränderungen notwendig waren, wurde ein Baugesuchverfahren durchgeführt. Im Zuge dieses Baugesuchverfahrens hat die Gemeinde Binningen gemäss kantonalem Raumplanungs- und Baugesetz informiert. Es wurden rund 50 Briefe an die Anstösser resp. an die Anwohnerinnen und Anwohner versendet. Im Rahmen der Planaufgabe konnte jedermann in die Planung inkl. Standortdatenblatt mit den technischen Details Einsicht nehmen resp. die technischen Details aus den Unterlagen entnehmen.

Die sogenannte Bagatelländerung unterscheidet sich vom vorher genannten Verfahren. Die Rechtsgrundlage zu nicht-ionisierender Strahlung findet sich gesamtschweizerisch einheitlich auf Bundesebene im Bundesgesetz über den Schutz vor Gefährdungen durch nicht-ionisierende Strahlung und Schall NISSG resp. in der Verordnung über den Schutz nicht-ionisierender Strahlung NISV. Die sogenannte Bagatelländerung kann mit dem Austausch eines technischen Geräts an einer bewilligten und unveränderten Baute beschrieben werden. Bei einer Mobilfunkantenne bedeutet dies, dass, sofern diese baulich nicht verändert wird, lediglich die neuen technischen Komponenten den relevanten Bestimmungen NISSG und NISV entsprechen müssen. Dazu sei angemerkt, dass die Grenzwerte technologieneutral sind, d.h. es sind die Gleichen ob für 3G, 4G oder 5G.

3. *Ist der Gemeinderat der Meinung, dass eine solche Sendeanlage mitten im Wohnquartier und auf dem Dach einer durch den Schulsport genutzten Anlage zumutbar ist, solange noch keine weiteren wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den Auswirkungen der 5G Strahlung vorliegen?*

Ja, solange keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen, welche zu einer Anpassung der Bundesvorschriften führen. Warum ist dies so? Damit sich Gewebe erwärmen kann, braucht es elektrische Feldstärken von mehr als 400 V/m. Die WHO, beraten durch die Expertengruppe der internationalen Kommission zum Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung, empfiehlt, bei der Festlegung von Grenzwerten für Mobilfunkanlagen eine grosse Sicherheitsreserve einzubauen und die Grenzwerte daher auf 41 - 61 V/m, je nach verwendeter Frequenz von 800 – 2600 MHz, festzusetzen. Die meisten Staaten folgten dieser Empfehlung. Die Schweiz ging aber noch viel weiter. In der Verordnung über den Schutz von nicht-ionisierender Strahlung werden die WHO-Grenzwerte für Orte mit kurzfristigem Aufenthalt, Strassen, Plätze übernommen. Überall dort, wo sich Menschen aber länger aufhalten z.B. Wohnquartiere, Arbeitsplätze, Schulen etc., gelten indessen noch einmal 10fach strengere Grenzwerte von 4 bis 6 V/m. Diese Einschränkungen wurden 1999 gesamtschweizerisch erlassen und werden von den kantonalen Fachstellen überwacht.

4. *Wann ist der frühestmögliche Zeitpunkt für eine Vertragskündigung mit der Swisscom für den besagten Sendemast? Mit welchen Kosten wäre ein vorzeitiger Vertragsausstieg verbunden?*

Der Vertrag endet am 31. Dezember 2032. Ein vorzeitiger Ausstieg ist nicht vorgesehen. Allenfalls mögliche Kosten lassen sich zum heutigen Zeitpunkt nicht seriös beziffern.

5. *Beabsichtigt der Gemeinderat, auf dem Gebiet der Gemeinde Binningen weitere 5G Sendeanlagen zu tolerieren? Wenn ja, wo genau? Wenn ja, ist die Einführung eines "Kaskadenmodells"*

analog zu anderen Gemeinden (z.B. Urtenen-Schönbühl BE) in den lokalen Bauvorschriften vorgesehen? Wenn nein, weshalb nicht?

Der Gemeinderat kann auf der Basis der aktuellen Gesetzgebung die Realisierung von weiteren 5G-Sendeanlagen nicht verhindern. Allenfalls mögliche, künftige Standorte sind nicht bekannt. Zum Kaskadenmodell in kommunalen Bauvorschriften: Die lokalen Bauvorschriften, also die Zonenreglemente Siedlung und Landschaft, wurden mit dem Regierungsratsbeschluss 1521 vom 17. September 2013 bewilligt. Das Reglement kann erst nach Ablauf der Planbeständigkeit, das sind ca. 10 – 15 Jahre, im Rahmen einer Ortsplanungsrevision revidiert resp. angepasst werden. Sofern dann bspw. ein Kaskadenmodell gewünscht wird, könnte ein solches Modell z.B. im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens eingebracht werden.

6. *Kann der Gemeinderat die Opposition der Anwohnerschaft (80 Unterschreibende bei der Eingabe an den Gemeinderat) zu diesem "fait accompli" verstehen und wenn ja, wie wird er sich für deren Bedürfnisse und Befürchtungen einsetzen? Wie gedenkt er die Interessen der betroffenen Anwohner/-innen zu wahren und mögliche gesundheitliche Risiken von Sportanlagenbenutzer/-innen und Anwohnern/-innen zu minimieren?*

Der Gemeinderat hat für die Befürchtungen der Anwohner Verständnis. Sollte es neue wissenschaftliche Erkenntnisse geben, die zu einem anderen Resultat kommen als die bisherigen, wird der Gemeinderat umgehend Schritte einleiten, um die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Das ist im Moment nicht der Fall.

Traktandum 13

Diversa

Die nächste ordentliche Sitzung findet am Montag, 4. November 2019 statt.
Die Präsidentin schliesst die Sitzung um 22.40 Uhr.